

Jahresbericht 2016

#Berta vive!

#la lucha sigue!

#Gerechtigkeit jetzt!

- 7 **Mexiko: Länderbericht und Aktivitäten**
- 19 **Honduras: Länderbericht und Aktivitäten**
- 39 **El Salvador: Länderbericht und Aktivitäten**
- 49 **Nicaragua: Länderbericht und Aktivitäten**
- 57 **Kolumbien: Arbeitskreis**
- 63 **Wandbild**
- 67 **Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung**



Editorial

Das Jahr 2016 war für uns geprägt von einem Ereignis: dem Mord an der Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres aus Honduras in der Nacht auf den 3. März 2016. Das ganze Jahr über haben wir uns an dem internationalen Protest beteiligt – mit Mahnwachen, Aktionstagen und Gedenkveranstaltungen, die besonders die Verwicklung deutscher Unternehmen und europäischer Banken aufzeigten.

Honduras

In dem Kapitel zu Honduras ist außerdem nachzulesen, wie staatliche Stellen versuchten, die Motive für den Mord zu vertuschen und bisher den Einsatz einer unabhängigen internationalen Ermittlungskommission verhindert haben. Stattdessen wird in dem von extremer Gewalt geplagten Land eine Strafrechtsreform verabschiedet, die jeglichen Protest kriminalisieren und die herrschende Straflosigkeit noch ausweiten wird.

El Salvador

Honduras ist aber nicht das einzige unserer Partnerländer, in dem im vergangenen Jahr Gewalt eine entscheidende Rolle spielte. Auch in El Salvador war, wie in den Jahren davor, extreme Gewalt der so genannten Maras (Jugendbanden) das beherrschende Thema der Politik. Die „Außerordentlichen Maßnahmen“, die die Regierung schließlich ergriff, brachten dahingehend Erfolge, dass die Morde in dem Land um die Hälfte zurückgingen. Leider kümmerte sich dieses Zurück zur Politik der harten Hand nicht um Prävention und das Eingehen auf die sozialen Ursachen. Ein weiteres politisch brisantes Thema war die Korruption. Sie herrscht inzwischen parteiübergreifend im ganzen Land. Spektakulär war, dass 2016 unter anderem Verfahren gegen drei Expräsidenten geführt wurden. Aber auch über positive Entwicklungen berichten wir im Kapitel El Salvador, wie die Aufhebung des Amnestiegesetzes von 1993 und die Ablehnung der Klage des australischen Bergbauunternehmens OceanaGold gegen El Salvador durch das Schiedsgericht der Weltbank.

Mexiko

Massenhafte und gravierende Verletzung der Menschenrechte verbunden mit fast totaler Straflosigkeit ist weiterhin das größte Problem Mexikos. Aber in der offiziellen Politik kommt dies nicht vor. So erlebte Mexiko im vergangenen Jahr den Besuch von Papst Franziskus im Februar, ohne dass die Situation der Menschenrechte zur Sprache kam. Auch beim Staatsbesuch Präsidenten Enrique Peña Nieto im April 2016 in Berlin ging

es nicht, wie von Menschenrechtsgruppen angemahnt, um die katastrophale Menschenrechtslage, sondern nur um die Unterzeichnung von Wirtschaftsabkommen.

Mit dem Ende ihres Mandats legte die internationale Expertenkommission GIEI im April 2016 ihren Abschlussbericht zu den 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa vor. Die lange Liste von Ermittlungsfehlern, unter Folter erzwungenen Aussagen und Indizien für die Komplizenschaft von Militär und Polizei sowie Hinweisen auf strukturelle Defizite des Justizsystems, war eine einzige Anklage gegen die Verantwortlichen, die sich in Mexiko angeblich um Aufklärung bemüht hatten.

Kolumbien

Der Bericht unseres Arbeitskreises für Menschenrechte in Kolumbien über seine zwölf Veranstaltungen 2016 zeigt deutlich den Zusammenhang der verschiedenen Probleme, die die Ursachen für den langjährigen bewaffneten Konflikt im Land sind. In einer Filmreihe, in Informationsveranstaltungen und einer Buchpräsentation ging es um eine breite Palette von Themen, wie die Situation indigener Gemeinden, Steinkohleförderung, Erdöl im Amazonasgebiet und Landraub durch paramilitärische Gruppen. Der zweite Schwerpunkt des Jahres war das Friedensabkommen zwischen der Guerillaorganisation FARC und der kolumbianischen Regierung. Mit Informationsveranstaltungen und mehreren Aktionen unterstützte der Arbeitskreis den Prozess.

Nicaragua

In Nicaragua brachten die Präsidentschaftswahlen 2016 Daniel Ortega den erwarteten hohen Sieg und erstmals seiner Ehefrau Rosario Murillo das Amt der Vizepräsidentin. Die bisher schon schwache Opposition nähert sich der Bedeutungslosigkeit, der Wahlprozess, erstmals ohne Wahlbeobachtung, der totalen Intransparenz. Ob der interozeanische Kanal wirklich gebaut wird, ist völlig unklar. Der seit zwei Jahren verkündete Baubeginn wird immer wieder verschoben. Trotzdem ist der Widerstand gegen den Bau ungebrochen, aber schwieriger, da die Regierung ihn immer stärker unterdrückt.

Zwei Dinge haben uns zusätzlich im vergangenen Jahr im Büro bewegt: Veränderungen in der hauptamtlichen Arbeit und unsere neue Website.

Neue Mitarbeiter*innen¹

Mehr als zwölf Jahre lang prägte Daniel Tapia im Ökumenischen Büro die Arbeitsbereiche Mexiko und Menschenrechte. Daneben ermöglichte sein Wirken in München kulturell-politische Ereignisse wie Theateraufführungen mexikanischer Gruppen und verschiedene kommunitäre Wandbilder. Jetzt hat er sich entschlossen ein Sabbatjahr einzulegen. Das Büro hat Glück, dass es mit Cristina Valdivia eine in der Mexiko-Menschenrechtsarbeit erfahrene neue Mitarbeiterin gefunden hat, die Daniels Arbeit fortführen wird. Auch Dorothee Denzler, die sich in den letzten drei Jahren um unsere Finanzen gekümmert hatte, verließ uns gleichzeitig mit Daniel Ende September. Die Arbeit von Dorothee setzte Blanka Koffer fort. Wir wünschen Dorothee genauso wie Daniel viel Glück in ihrem zukünftigen Leben außerhalb des Ökumenischen Büros.

Nach acht Jahren haben wir uns entschlossen, unsere Website komplett zu modernisieren. Vor allem haben wir uns bemüht, dass www.oekubuero.de jetzt auch auf Smartphones ansehnlich ist. Wir hoffen, das Ergebnis gefällt anderen genauso wie uns.

Allen Hauptamtlichen, ob sie sich verabschiedet haben, neu gekommen oder geblieben sind, danken wir ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, die Kooperationspartner*innen sowie unsere treuen und neuen Spender*innen.

Und schließlich möchten wir auch den Organisationen, die uns im Jahr 2016 finanziell unterstützt haben herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Auswärtiges Amt, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global (BMZ), Heinrich-Böll-Stiftung, Katholischer Fonds, Misereor, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Regenbogen-Stiftung München.

All den Menschen und Organisationen, die wir hier erwähnt oder unglücklicherweise vergessen haben zu erwähnen und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, danken wir ganz herzlich und wünschen ihnen weiterhin ein erfolgreiches Jahr 2017.

¹ Mitarbeiter*innen: Der in diesem Jahresbericht verwendete * ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, einschließlich jener abseits der gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.

Mehr Information?

Unsere Homepage www.oeku-buero.de bietet Infos zu unseren Inhalten und Aktivitäten.

Jeden ersten Montag im Monat senden wir auf dem Münchner Lokalsender Radio Lora auf UKW 92,4 Mhz oder im livestream unter <http://lora924.de>

Über E-Mail-Verteiler informieren wir über unsere Aktivitäten und laden zur Teilnahme an Eilaktionen bei Menschenrechtsverletzungen ein. Zugang über: www.oeku-buero.de/kontakt.html

Einen Beitrag leisten?

Wir freuen uns über Spenden in jeder Höhe, auch als Daueraufträge. Zahlung ist möglich durch Überweisung, Lastschrift oder online unter www.oeku-buero.de/spenden.html

Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Mitmachen?

Unterstützung ist uns jederzeit willkommen, zum Beispiel durch Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen, bei der Gestaltung unserer Veranstaltungen oder durch Teilnahme an einer Reise nach Mittelamerika. Auch für die, die weiter weg von München wohnen, gibt es Möglichkeiten. Ein Anruf genügt.

Wer Mitglied werden will, bekommt auf Anfrage eine Beitritts-erklärung.



www.oeku-buero.de

Länderbericht

Mexiko und Deutschland begrüßten das Jahr 2016 mit dem Deutschlandjahr in Mexiko (*Año dual México-Alemania*). Die Veranstaltungen dafür dauern bis Mai 2017 an und sollen den Austausch zwischen Kultur, Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft beider Länder fördern. Trotz des guten Außenbildes, das die mexikanische Regierung auszusenden versuchte, verschlechterte sich die Menschenrechtslage in Mexiko fortlaufend. Menschenrechtsverteidiger*innen probierten ständig, der mexikanischen Regierung diese Maske vom Gesicht zu reißen, sie vertrauen dem Staat nicht mehr.

Expert*innenkommissionen wie der GIEI (*Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes*) deckten strukturelle Probleme im Justizsystem Mexikos auf, als sie für den Fall Iguala ermittelten. Jedoch war der Zynismus des Präsidenten Enrique Peña Nieto so groß, dass er bei seinem Besuch in Berlin behauptete, Mexiko schütze die Menschenrechte im Land.¹

So existierten zwei parallele Welten der Darstellung der Menschenrechtslage, zum einen die der mexikanischen Regierung, zum anderen die der nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen. Das Ökumenische Büro empfand es als sehr wichtig zu belegen, wie die Expert*innengruppe, Menschenrechtsverteidiger*innen und Familienangehörige von Opfern der Menschenrechtsverletzungen die Wahrheit fordern und wie die mexikanische Regierung keinen politischen Willen dafür zeigt.

Tenía ganas de llorar al ver tanta esperanza en un pueblo tan sufrido – Ich wollte weinen, als ich so viel Hoffnung in einem so gebeutelten Volk sah

Vom 12. bis 17. Februar besuchte Papst Franziskus Mexiko. Obwohl das Land überwiegend katholisch ist, war sein Besuch von Anfang an sehr polemisch, da seine Agenda viele Treffen mit mexikanischen Abgeordneten und Eliten umfasste, aber keine Termine mit Familienangehörigen oder der Zivilgesellschaft stattfanden.

Während seines Aufenthalts in Mexiko verwies Papst Franziskus im Nationalpalast (*Palacio Nacional*) darauf, dass die politischen, sozialen und ökonomischen Repräsentant*innen besonders dafür arbeiten sollten, den Bürger*innen Zugang zu materiellen und spirituellen Gü-

¹http://internacional.clpais.com/internacional/2016/04/12/america/1460474794_433768.html

tern zu ermöglichen.² Allerdings verlor er kein Wort über die 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa, keines über die *feminicidios* (Frauenmorde) während seines Besuchs in Ecatepec (dem Bundesstaat mit der höchsten Frauenmordrate Mexikos), keines über die Päderastie in Morelia (wo der katholische Priester Marcial Maciel mehrere minderjährige Internatsschüler*innen missbraucht hatte) und auch keines über die Migrant*innen in Ciudad Juárez.³ Der mexikanische Priester und Menschenrechtler Alejandro Solalinde meinte diesbezüglich, dass die mexikanische Regierung und die Priesterschaft keinen Zugang der Opfer und Familienangehörigen zu Papst Franziskus erlaube, damit der Papst ein Mexiko ohne Gewalt und Armut wahrnehmen könne.⁴

Die Menschenrechtsverteidiger*innen und die Zivilgesellschaft brachte es fast zum Weinen, als sie sahen, wie eine internationale Persönlichkeit den Druck der mexikanischen Abgeordneten akzeptierte und zu so wichtigen Themen schwieg. Das Ökumenische Büro veröffentlichte dazu in Kooperation mit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko einen offenen Brief an Papst Franziskus.⁵



„Hat jemand meine harten Worte gehört?“ Papst mit EPN und Velasco

2<http://aristeginoticias.com/1302/mexico/a-los-dirigentes-de-mexico-les-corresponde-la-justicia-y-la-seguridad-francisco-video/>

3<http://www.jornada.unam.mx/2016/02/19/politica/007e1pol>

4<http://aristeginoticias.com/1602/mexico/no-han-querido-que-las-victimas-tengan-acceso-al-papa-solalinde-en-cnn/>

5<http://www.mexiko-koordination.de/>

Ich bin ein Berliner - Präsident Enrique Peña Nieto in Berlin

Am 11. und 12. April trafen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck mit dem mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto in Berlin. Ziel des Besuches der Mexikaner war, das *Año dual México-Alemania* einzuweihen. Das Jahr hatte zum Ziel, den wirtschaftlichen Austausch zu fördern, deutsche Investitionen zu intensivieren sowie den Bildungs-, Wissenschafts-, Nachhaltigkeits- und Kulturaustausch zu unterstützen.⁶ Und das aus gutem Grund: Deutschland ist für Mexiko der fünftgrößte Handelspartner⁷, mit etwa 1.700 deutschen Firmen, die in Mexiko tätig sind. Vielleicht äußerten sich die deutschen Abgeordneten deshalb nicht negativ: 1) zur schlechten Menschenrechtslage in Mexiko, 2) zur hohen Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen (in über 98% der Fälle wird nicht ermittelt) und 3) zur Korruption, die bis in die höchsten politischen Ebenen reicht.

Interessant war, dass die Bundeskanzlerin über die Situation Bescheid wusste. Sie bekam von der Kommission zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte die Warnung vor Investitionen, die die Rohstoffausbeutung zum Ziel haben. „Diese Kapitalanlagen führen zur Verletzung der Landrechte indigener Völker, zu sozialen Spannungen und Umweltschäden und zur Verfolgung von Oppositionellen“.⁸

Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen demonstrierten vor dem Bundeskanzleramt und dem Hauptbahnhof in Berlin. Sie thematisierten Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Verschwindenlassen sowie die Existenz von Massengräbern und die brutalen Morde in Mexiko.⁹

Wie ein Tropfen auf den heißen Stein? - Die GIEI und ihr Abschlussbericht zum Fall Iguala

Am 30. April 2016 endete das Mandat der Expert*innenkommission GIEI in Mexiko. Eine Woche vorher stellte die Gruppe ihren Abschluss-

6 http://internacional.elpais.com/internacional/2016/04/12/america/1460474794_433768.html

7 <http://www.taz.de/15290215/>

8 <http://www.taz.de/15290215/>

9 <https://www.amnesty.de/2016/4/5/fordern-sie-vom-mexikanischen-praesidenten-stop-folter>

bericht in Mexiko-Stadt vor. Familienangehörige der verschwundenen Studenten, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und von Menschenrechtszentren sowie viele Interessierte nahmen daran teil; nur der mexikanische Staat war abwesend! Der Grund: Die Abgeordneten wollten den Bericht zuerst gründlich studieren. Für die Mitglieder der Expert*innenkommission war das nicht neu. Die mexikanische Regierung wies mehrmals Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen von internationalen Menschenrechtsorganisationen und der UN-Arbeitsgruppe zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko zurück.

Das Ende der GIEI-Amtszeit bedeutete für die Angehörigen der 43 Studenten eine große Sorge um ihre Sicherheit, da die Expert*innen die Suche nach den Verschwundenen vor Ort nicht mehr unterstützen konnten.

In ihren zwei Berichten wiesen Expert*innen mehrere Ermittlungsfehler im Fall Iguala nach: versteckte Beweismittel, fehlende Beweissicherung, unter Folter erzwungene Aussagen sowie eine unvollständige Strafverfolgung. Außerdem enthüllte die Expert*innenkommission das Zusammenspiel von staatlichen (sowohl föderalen als auch bundesstaatlichen) Sicherheitskräften, von lokalen Polizeikräften und der organisierten Kriminalität. Auch das Militär war vor Ort und wusste über den Fall Bescheid.

Mehrere Defizite bei den Ermittlungen im Fall Iguala entfallen auf das mexikanische Justizsystem, so die Aussage der GIEI in ihrem Abschlussbericht. Der mexikanische Staat gehe unzureichend mit dem Verbrechen des Verschwindenlassens um, es gebe keine professionelle Suche nach den Verschwundenen und die Opfer würden unsachgemäß behandelt. Die GIEI listete 22 Empfehlungen im Bereich der strafrechtlichen Ermittlungen für das Verbrechen des Verschwindenlassens auf. Außerdem bemerkten die Expert*innen, dass die Kernelemente des Gesetzentwurfs zum Verschwindenlassens nicht den aktuellen völkerrechtlichen Standards entsprächen.

Die GIEI betonte bei der Vorstellung des Schlussberichtes auch, dass sie sowohl bei ihrer Untersuchungsarbeit behindert wurden als auch Objekt von Diffamierungen waren. Die mexikanische Regierung verlängerte das Mandat der GIEI nicht und brach getroffene Vereinbarungen während der gesamten Ermittlungen.

Obwohl die GIEI nicht mehr in Mexiko ist, bedeutet das nicht, dass die Ermittlungen zum Fall Iguala beendet sind. Ein Mechanismus konsolidierte sich, um der Umsetzung der Empfehlungen der GIEI zu

folgen. Der Präsident der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) James Cavallaro, der Berichterstatter der CIDH für Mexiko und Koordinator des Folgemechanismus Enrique Gil Botero, der Sekretär Paulo Abrão sowie das technische Personal des Exekutivsekretariats der CIDH besuchten vom 9. bis 12. November 2016 Mexiko und stellten ihren Arbeitsplan vor.¹⁰ Dieser listet die Folgemethodologie des Falles der 43 verschwundenen Studenten detailliert auf.¹¹



Internationale Expert*innenkommission GIEI

Last but not least - Grenzmauer zu Mexiko und Trump

Die USA wählte im Jahr 2016 einen neuen Präsidenten. Diese Wahl bedeutet nicht nur „*Make America Great Again*“, sondern sie wird auch die Weltordnung verändern. Vor allem wird dies das Nachbarland Mexiko betreffen. Donald Trump kündigte schon im Wahlkampf an, dass eine erweiterte und höhere Mauer gebaut werden würde, bezahlt von den Mexikaner*innen. Eine Mauer existiert schon, aber diese rassistische, symbolische Last ist neu. Vielleicht ist diese Mauer eher ein Zeichen Trumps für seine massive Unterstützung durch rechtsorientierte Gruppen in den USA.

Trump stellte mehr Massendeportationen von Mexikaner*innen ohne legalen Aufenthaltsstatus in den USA in Aussicht. Für Mexiko wird dies einen großen wirtschaftlichen und menschlichen Verlust bedeuten. Jedes Jahr liegen die Warensendungen von der USA nach Mexiko bei 25

¹⁰ <http://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2016/195.asp>

¹¹ <http://www.oas.org/es/cidh/docs/pdfs/PlanDeTrabajo-MecanismoSeguimientoAyotzinapa-Nov2016.pdf>

Milliarden Dollar und sind damit höher als die Öleinnahmen.¹² Für die ausgewanderten Mexikaner*innen wird es nicht mehr möglich sein, ihre Familien in der Heimat zu unterstützen. Wenn ein*e Mexikaner*in deportiert wird und zurück nach Mexiko kommt, wird er*sie auch merken, dass der Peso um mehr als 13% abgestürzt ist.¹³

Auch den NAFTA-Freihandelsvertrag will Trump annullieren, damit für mexikanische Waren hohe Importzölle bezahlt werden müssen. Mexiko exportiert Waren und Dienstleistungen im Wert von 316 Milliarden Dollar im Jahr in die USA, was fast 80% seiner gesamten Ausfuhr entspricht.¹⁴ Wenn die USA sich von NAFTA trennen, wird Mexiko einen *mexican nightmare* (mexikanischen Albtraum) erleben.

Welche seiner Pläne Donald Trump gegenüber Mexiko umsetzen kann und was sie für Mexiko bedeuten, wird das Öku-Büro im Jahr 2017 mit eingeladenen Referent*innen aus Mexiko analysieren.



Gegen den Menschenhandel (No human trade)

¹² <http://www.sueddeutsche.de/politik/mexiko-flucht-nach-vorne-1.3247401>

¹³ <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1031587.so-nah-an-trump-so-fern-von-gott.html?sstr=gerold|schmidt>

¹⁴ <http://www.sueddeutsche.de/politik/mexiko-flucht-nach-vorne-1.3247401>

Aktivitäten zu Mexiko

GIEI und der Versuch, die Wahrheit zu finden

Das Ökumenische Büro unterstützte im Jahr 2016 die Aktivitäten und Veranstaltungen der interdisziplinären unabhängigen Expertengruppe GIEI (*Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes*) in Europa, nachdem ihr Mandat am 30. April 2016 endete. Die GIEI legte am 6. September 2015 ihren Bericht zu den Gewaltverbrechen in der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 in Iguala im Bundesstaat Guerrero vor. Bei ihren Besuchen in Europa präsentierten die GIEI-Mitglieder ihren zweiten Bericht, der am 24. April 2016 in Mexiko-Stadt erschien. Die Expert*innengruppe stellte ihren Abschlussbericht unter großer öffentlicher Anteilnahme in Mexiko vor. Allerdings war der mexikanische Staat nicht anwesend, da die Verwaltungsbehörde erst den Bericht studieren wollte.

Beide Berichte der GIEI wiesen im Fall „Iguala“ die Kooperation zwischen den Sicherheitskräften von Seiten der föderalen, des bundesstaatlichen und der lokalen Polizeikräfte mit der organisierten Kriminalität nach. Außerdem stellte die Expert*innengruppe mehrere Ermittlungsfehler fest wie zum Beispiel Folter an Verhafteten, manipulierte Beweise, fehlerhafte Strafverfolgung und falsche Untersuchungsergebnisse.

Vom 1. bis 3. März waren zwei Expert*innen der GIEI, Carlos Berristain (Baskenland/Spanien) und Claudia Paz y Paz (Guatemala), nach Brüssel zur Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte im EU-Parlament und zu weiteren Treffen mit EU-Funktionären sowie NGOs eingeladen. Die Mitglieder der GIEI nahmen auch andere Termine mit Funktionär*innen der EU-Kommission wahr und hielten ein Treffen mit Organisationen der Zivilgesellschaft ab. Hier diskutierte Daniel Tapia, Mexiko- und Menschenrechtsreferent des Ökumenischen Büros, mit den Expert*innen über die weitere Vorgehensweise und entwickelte Ideen, wie das Büro die Anstrengungen gegen die Straflosigkeit und für das Wiederauffinden der Studenten unterstützen könnte.

Am 24. Juni koordinierten das Öku-Büro zusammen mit unseren Partnerorganisationen aus Mexiko und NGOs aus der Schweiz die Aktivitäten der GIEI vor der UNO in Genf. Auf Einladung des Auswärtigen Amtes waren im Anschluss zwei Mitglieder der GIEI in Berlin. Neben einem offiziellen Programm mit Terminen im Auswärtigen Amt und im Bundestag fand in den Räumlichkeiten der Landesvertretung von Baden-Württemberg ein Fachgespräch zum Thema Gewalttames Verschwindenlassen statt.

Am 12. Oktober stellte Carlos Beristain in Straßburg den zweiten Bericht zum Fall Ayotzinapa vor. Die Veranstaltung war ein Side Event über die Menschenrechtslage in Mexiko im Europarat beziehungsweise in der parlamentarischen Versammlung des Europarats. Das Ökumenische Büro arbeitete sowohl in der Organisation des Fachgesprächs als auch in der Koordinierung der Pressternine mit.



Luis Hernández bei seiner Buchvorstellung in der Seidvilla

Selbstverteidigung in den Gemeinden Mexikos

Mexiko integrierte sich in den letzten Jahren immer stärker in die Weltwirtschaft. Auf internationalem Parkett tritt die Regierung für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Mexiko unterschrieb praktisch alle wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen. Doch in seinem Inneren bietet dieses Land ein völlig anderes Bild: ein Staat, der der Mehrheit seiner Bürger*innen weder ökonomische noch soziale, geschweige denn physische Sicherheit bieten kann oder will.

Der Autor und Journalist Luis Hernández Navarro zeichnete die Entstehung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Selbstverteidigung in Mexiko in seinem Buch „Kommunale Selbstverteidigung – Formen des bewaffneten Widerstandes gegen Mafia und Staat“ nach. Er analysierte am 12. Mai 2016 in München diese Prozesse vor dem Hintergrund staatlicher Repression gegenüber sozialen und indigenen Bewegungen,

einer Militarisierung der Politik und dem Einfluss von Gruppen der organisierten Kriminalität.

Im Gegensatz zum hiesigen Phänomen von Selbstverteidigungsgruppen handelt es sich bei der Gemeindepolizei in Mexiko nicht um eine rechtskonservative Erscheinung, sondern um einen gemeinschaftlichen Prozess mit emanzipatorischen Merkmalen. Für das Publikum in Deutschland war es interessant zu hören, dass sich die Bevölkerung nicht immer auf das Gewaltmonopol des Staates verlassen kann. Außerdem war es für viele Personen schwierig zu verstehen, dass ein Staat seine wichtigsten Aufgaben vernachlässigt. Mexiko, das sich als moderner und zuverlässiger Partner auf dem internationalen Parkett präsentiert, weist sehr viele Defizite in puncto Schutz seiner Bürger*innen auf.

Wichtig war auch, dass unser Gast betonte, dass das Gewaltmonopol des Staates nichts bringt, wenn diese Macht so korrumpiert ist wie in Mexiko. Luis Hernández verdeutlichte, dass es sich hierbei nicht um eine Romantisierung des bewaffneten Kampfes handelt.

Die Rundreise mit Luis Hernández begann mit der Teilnahme an der Tagung zur Landfrage in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Sein Vortrag handelte von den Organisationsformen in ländlichen Gebieten, um das Land etwa gegen die Abholzmafia in Michoacán zu verteidigen. Danach ging die Vortragsreise weiter nach Stuttgart, Köln, Salzburg, München, Hamburg, Berlin und Leipzig.

Zwei Jahre ohne Erklärung: Ayotzinapa - Film „Mirar Morir“

Zum Jahrestag von Ayotzinapa zeigten wir am 26. September den Film *Mirar Morir* (“Watching Them Die: The role of the Army in the Iguala Night”) in der Ligsalz8. Ojos de perro und Cuadernosdableraya produzierten die Dokumentation im Oktober 2015. Der Film dokumentiert die Rolle des Militärs und der Polizeieinheiten während des gewaltsamen Verschwindenlassens der 43 Studenten aus Ayotzinapa.

Nach dem Film verbanden wir uns per Skype direkt nach Mexiko-Stadt mit Stephanie Erin Brewer, einer Mitarbeiterin vom *Centro Pro* (Menschenrechtszentrum). Das Centro Pro ist die Rechtsvertretung der Familienangehörigen der verschwundenen Studenten. Die Expertin sprach über den aktuellen Stand der Ermittlungen des Falles Ayotzinapa und beantwortete Fragen des Publikums. Stephanie Erin erklärte uns, dass die Empfehlungen der Expert*innengruppe GIEI (*Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes*) und der Folgemechanismus angewendet

werden sollten, um den Fall so gut wie möglich aufzuklären. Der Folge-
mechanismus wird die Umsetzung der Empfehlungen der GIEI seitens
der mexikanischen Regierung prüfen.

Reisen für Lobby- und Advocacy-Arbeit von Partner*innen aus dem Globalen Süden

Zwischen dem 26. und 29. September besuchten die Mitglieder des EAAF (Argentinisches Forensisches Anthropologie-Team) verschiedene Länder in Europa. In Berlin trafen am 26. und 27. September Mercedes Celina Doretti und Luis Bernardo Foendebri der Abgeordnete des Bundestags, Mitarbeiter*innen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Auswärtigen Amts sowie Mitglieder von Organisationen der Zivilgesellschaft.

In Brüssel fand ein Treffen mit Mitarbeiter*innen der Lateinamerika-Abteilung des EEAS (European External Action Service) sowie Einzeltreffen mit Abgeordneten von GUE/NGL, Grünen und Sozialdemokraten statt. In Den Haag begannen die Besprechungen mit Mitgliedern der niederländischen Regierung und Mitarbeiter*innen des Internationalen Strafgerichtshofs. Insgesamt waren alle Gesprächspartner*innen sehr interessiert an der Arbeit des EAAF zur Identifizierung der sterblichen Überreste von Migrant*innen, da deren Erfahrungen in diesem Bereich auch hier in Europa nützlich werden könnten.



Nestora Salgado, ehemalige Kommandantin der Gemeindepolizei von Olinálá

Sí mi Generala, Nestora Salgado in München

Nestora Salgado war Kommandantin der Gemeindepolizei von Olinálá im mexikanischen Bundesstaat Guerrero. Seit dem 21. August 2013 wurde sie aufgrund falscher Anschuldigungen im Hochsicherheitsgefängnis Nayarit in fast vollständiger Isolation gefangen gehalten. Die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen betrachtete sie als politische Gefangene. Nach zwei Jahren und sieben Monaten wurde sie am 18. März 2016 für unschuldig erklärt.

Die Kommandantin Nestora Salgado besitzt neben der mexikanischen auch die Staatsbürgerschaft der USA. Nachdem sie mehrere Jahre in den USA lebte, entschied sie sich, in ihre Heimat Mexiko zurückzukehren, um sich dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen, gegen korrupte Politiker*innen und gegen kriminelle Banden in den Bergen von Guerrero anzuschließen. Sie wurde mit haltlosen Beweisen der Entführung zweier Jugendlicher beschuldigt, weil ihr Einsatz für die Menschenrechte den Politiker*innen zu unbequem wurde.

Seit ihrer Ankunft brachte sie sich in die Gemeinde ein. Sie unterstützte die ärmsten Bewohner*innen mit Kleidung und Nahrungsmitteln. Gleichzeitig wuchsen in Guerrero die Unsicherheit und die organisierte Kriminalität, was Entführungen und Erpressungen mit sich brachte. Am 27. Oktober 2012 entschied sich die Gemeinde Olinalá, die Waffen zu erheben. Anfang 2013 gründeten sie eine Bürger*innenpolizei und wurden zunächst durch den Gouverneur Ángel Aguirre unterstützt, der ihnen sogar Geld und einen Pick-Up zur Verfügung stellte. Am 18. Mai 2013 trat Olinalá der Regionalen Koordination der Gemeindeautoritäten (CRAC) bei. Einen Monat später ereignete sich der Vorfall, welcher Nestora Salgado ins Gefängnis bringen sollte.

Am 29. November trafen wir uns mit Nestora Salgado im EineWelt-Haus. Dort sprach sie über ihre Erfahrungen bezüglich der Gemeindepolizei sowie politischer Gefangener, nicht nur in Guerrero, sondern auch in anderen Bundesstaaten Mexikos. Das Buch „Kommunale Selbstverteidigung – Formen des bewaffneten Widerstandes gegen Mafia und Staat“ von Luis Hernández widmet der Kommandantin ein eigenes Kapitel.

Film „Viacrucis Migrante – Kreuzweg der Migrant*innen“ von Hauke Lorenz

Jedes Jahr versuchen tausende Männer, Frauen und Kinder aus Zentralamerika in die USA zu kommen. Auf dem Transit der Migrant*innen durch Mexiko kommt es vermehrt zu Menschenrechtsverletzungen in Form von sexueller Gewalt und Entführungen sowie anderen Risiken wie Abschiebungen oder körperlichen Verletzungen beim Umsteigen zwischen den Zügen. Mexiko hat in den letzten Jahren seine Südgrenze stärker kontrolliert und militarisiert. Anstatt Menschenrechte besser zu schützen, macht die mexikanische Polizei regelrecht Jagd auf Flüchtende. In den ersten neun Monaten des Jahres 2015 schob sie fast 200.000 Personen ab.

Die verstärkten Kontrollen halten die Migrant*innen allerdings nicht von ihrem Vorhaben ab, sondern zwingen sie, immer abgelegene und gefährlichere Wege zu nutzen. Als Konsequenz finden viele weitere Delikte statt. Vor diesem Hintergrund inszenierten die Franziskaner in Tenosique die Migration am Karfreitag als Leidensweg Christi. Die gemeinsame Prozession durch die Stadt machte auf die gefährlichen und katastrophalen Lebensumstände der Flüchtlinge aufmerksam und sensibilisierte insbesondere die lokale Bevölkerung für das Thema. Die Franziskaner bieten in ihrer Herberge „La72“ medizinische Vorsorge und Lebensmittel für Migrant*innen und Flüchtlinge in der Stadt Tenosique im Bundesstaat Tabasco an.

Am 13. Dezember zeigten wir den Dokumentarfilm „Viacrucis Migrante – Kreuzweg der Migrant*innen“ von Hauke Lorenz. Ursprünglich war geplant, nach der Vorführung mit dem Filmemacher eine Publikumsdiskussion zu führen. Lorenz wurde jedoch kurzfristig auf ein Filmfestival in Kuba eingeladen. Stattdessen luden wir Frenesys Reyes ein, eine vor der Gewalt in ihrem Heimatland Honduras geflüchtete Trans-Aktivistin. In ihrem Vortrag beschrieb sie die Umstände ihrer Flucht und berichtete über die zahlreichen ermordeten Mitstreiter*innen.



Der Zug ist da. Szene aus dem Film Viacrucis Migrante

Länderbericht

Schmerz, Trauer, Wut – unser Resumée für Honduras 2016 läßt sich nur schwer in abgewogen analytische Worte fassen. Der Mord an Berta Cáceres in der Nacht auf den 3. März 2016 hat einen Schock bewirkt, der anhält. Die Koordinatorin von COPINH, dem vom Öku-Büro seit 2010 solidarisch begleiteten Rat honduranischer Basis- und Indigenenorganisationen, war weit mehr als eine Umweltaktivistin. Berta kämpfte genauso für die Territorien und Rechte der Lenca im Südwesten von Honduras wie gegen das Patriarchat und neoliberale, neokoloniale Ausbeutung weltweit. Die Kugeln, die Berta trafen, galten diesem gleichermaßen lokalen wie globalen Widerstand.

Der internationale Aufschrei nach dem Mord hat die Repression in Honduras bisher nicht bremsen können, Projekte wie das Wasserkraftwerk *Agua Zarca* sind noch nicht endgültig gestoppt. 2016 war für uns ein weiteres Jahr der Herausforderung, die Verantwortung hiesiger Unternehmen und hiesiger Politik für das straffreie Agieren mächtiger Netzwerke in Honduras sichtbar zu machen.



„Du hast die Kugel... ich das Wort. Die Kugel stirbt, sobald sie explodiert, das Wort lebt indem es sich vervielfältigt.“ (Berta Cáceres)

Am 4. März 2016 wäre Berta Cáceres 45 Jahre alt geworden. An diesem Tag nach ihrer Ermordung formulierte COPINH die Zusammenhänge deutlich: „Berta stand unter Schutzmaßnahmen des interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte, dennoch wurde ihre Tötung nicht verhindert. Wir weisen jede Form der Schuldabwehr der

honduranischen Regierung, ihrer Institutionen und Repressionsorgane zurück und machen diese direkt für die grausame Ermordung unserer führenden Repräsentantin verantwortlich. Wir wissen sehr genau, wer sie ermordet hat. Wir wissen, dass es die Firma Desarrollos Energéticos S.A (DESA) und das Staudammprojekt Agua Zarca waren, finanziert durch den Entwicklungsfonds der niederländischen Bank FMO, den finnischen Fonds für industrielle Zusammenarbeit Ltd. Finnfund, die zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration, die Unternehmen Siemens und VoithHydro aus Deutschland, das Unternehmen Castor (Castillo Torres), die Bank Ficohsa, die Unternehmensgruppe der Familie Atala, die Regierung der Vereinigten Staaten durch das USAID-Projekt Mercado und das honduranische Umweltministerium SERNA in Komplizenschaft mit der honduranischen Regierung.⁹¹



Trommel, Kienspäne, Heilpflanzen, Lenca-Zeremonie für Berta Cáceres

Manipulation und Ablenkungsmanöver

Die anfänglichen Manöver des Staates, den Mord an Berta als privates Eifersuchts-Verbrechen erscheinen zu lassen oder Konflikten innerhalb COPINHs anzulasten, erinnerten an das Muster geheimdienstlicher Manipulationen nach dem Mord an Guatemalas Bischof Gerardi 1998. Gustavo Castro von der mexikanischen Organisation Otros Mundos,

1 <http://hondurasdelegation.blogspot.de/2016/03/erklarung-des-copinh-zur-ermordung-von.html>



Bertha Zúniga, Bertas Tochter: Unabhängige Untersuchungskommission jetzt!

ein Freund Bertas und einziger Augenzeuge der Tat, wurde 24 Tage in Honduras festgehalten und eher als Verdächtiger denn als Zeuge behandelt. Aufgrund des internationalen Drucks mussten die honduranischen Ermittler*innen schließlich doch eingestehen, dass der Mord mit Bertas Arbeit zu tun hatte. Seit Mai 2016 wurden sieben Beschuldigte festgenommen, darunter ein aktiver Militär, ein Manager der DESA sowie ein Leutnant a.D. der honduranischen Armee, der als Sicherheitschef für die DESA gearbeitet hatte.²

COPINH, Familienangehörige von Berta und ihre Anwälte kritisieren, dass ihre Rechte als Opfer und Nebenkläger*innen nicht geachtet und sie kaum über die Ermittlungen informiert wurden. Sie bezweifeln, dass ernsthaft nach den Auftraggebern und Finanziers des Mordes gesucht wird, für den umgerechnet etwa 20.000 Euro bezahlt worden sein sollen. Diese Ermittlung müsste sich in zwei korrespondierende Richtungen bewegen: Zum einen hatte Berta immer wieder berichtet, dass ihr Name auf Todeslisten des Militärs stand.³ Zum anderen war sie als international bekannte und unbestechliche Aktivistin den Haupteigentü-

2 <http://www.aquiabajo.com/blog/2017/1/14/seven-individuals-accused-of-participating-in-berta-caceres-murder-attempt-against-gustavo-castro>

3 <http://www.aquiabajo.com/blog/2017/1/14/seven-individuals-accused-of-participating-in-berta-caceres-murder-attempt-against-gustavo-castro>

mern der DESA, der mächtigen Oligarchen-Familie Atala, im Weg, die politische und familiäre Beziehungen in höchste Regierungskreise hat.⁴

Regierung verweigert internationale Ermittlung

Die Anwälte von COPINH und Bertas Kinder äußerten mehrfach Besorgnis über Unzulänglichkeiten und Fehler bei der Autopsie des Leichnams und bei der Spurensuche und Konservierung von Beweismitteln. Zudem seien die Büros der DESA nur unvollständig durchsucht worden, mehrere Computer und Aktenordner seien nicht beschlagnahmt, Zeugenaussagen über die potentielle Verwicklung der DESA-Chefetage in das Mordkomplott nicht aufgenommen, Telefonaufzeichnungen bewusst „überhört“ worden. Sie prangerten private Verbindungen zwischen



Expert*innen aus Kolumbien, Guatemala und USA wollen Bertas Familie, Gustavo Castro und COPINH unterstützen

DESA-Juristen und Staatsanwaltschaft an und fragten, wie es sein konnte, dass ein offizielles Kleidungsstück der Staatsanwaltschaft in einem der Räume der DESA gefunden wurde.⁵

Den Nebenkläger*innen wurde Verweis auf die strikte Geheimhaltung der Zugang zu Informationen verwehrt, gleichzeitig sickerten übers Jahr immer wieder Informationen aus den

4 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/honduras-berta-caceres-mord-voith-hydro-siemens-menschenrechte-verantwortung/seite-5> Einige der namentlichen Verbindungen zwischen der DESA und den „Eliten“ des Landes hatte der Journalist Felix Molina im Mai 2016 auf facebook veröffentlicht, kurz darauf wurden zwei Attentate auf ihn verübt, sh. <https://amerika21.de/2016/05/152267/molina-honduras-anschlag>

5 <https://copinh.org/media/documents/2016/10/comunicado-caso-berta-04102016.pdf>

<http://confidencialhn.com/2016/10/04/ejecutivos-de-desa-amenazaron-a-berta-caceres-en-sus-ultimos-dias-de-vida/>

Ermittlungen in den honduranischen Medien durch. Im Oktober 2016 wurde die Prozessakte einer Richterin geraubt, die sie angeblich abends vom Gericht mit nachhause nehmen wollte; bereits zuvor war in das Büro der Anwälte der Nebenklage eingebrochen und prozessrelevante Dokumente entwendet worden.

Trotz der Empfehlung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte weigerte sich die honduranische Regierung gegen den Einsatz einer offiziellen unabhängigen, internationalen Ermittlungskommission – etwa nach dem Vorbild der GIEI in Mexiko. Deshalb konstituierte sich im November 2016 eine informelle internationale Gruppe beratender Expert*innen (GAIPE), um dem Recht auf Wahrheit und Gerechtigkeit der Opfer Geltung zu verschaffen und das machtpolitische Geflecht hinter dem Mord an Berta aufzuklären. Fünf erfahrene Jurist*innen aus Guatemala, Kolumbien und den USA setzten sich zum Ziel, eine gut begründete, objektive Ermittlungslinie zu den materiellen und intellektuellen Tätern aufzustellen und Empfehlungen für Reparationen und zukünftige Präventionsmaßnahmen zu geben. Bei einer Konferenz mit internationalen Unterstützer*innen (darunter das Öku-Büro) erklärte GAIPE-Mitglied Liliana Uribe, dass es darum gehe, den Mord an Berta in einen größeren Kontext zu stellen und Elemente zu sammeln, die ihn als Verbrechen gegen die Menschlichkeit international justiziabel machen.

Beteiligt: Internationale Unternehmen und Banken

Voith Hydro, ein Joint Venture des Siemens-Konzerns mit dem Familienunternehmen Voith aus Heidenheim/Brenz, blieb auch 2016 Vertragspartner des honduranischen Unternehmens DESA: Turbinen und weitere technische Ausrüstung für das Wasserkraftwerk Agua Zarca sollten geliefert werden. Nach dem Mord an Berta suspendierten die niederländische Entwicklungsbank FMO und die finnische Entwicklungsbank Finnfund ihre Beteiligung an dem Projekt – vorläufig. Voith/Siemens zogen nach.

Im Februar 2017 ist noch immer nicht entschieden, wann und wie die europäische Beteiligung an „Agua Zarca“ wirklich beendet wird. Ein von der FMO 2016 in Auftrag gegebenes Gutachten, das den Weiterbau nahelegt, soll gegen Jahresende ad acta gelegt worden sein. Die FMO schickte einen Berater, den Argentinier Juan Dumas, zum Projekt vor Ort. Es stellt sich die Frage, wie der „responsible exit“, den die FMO nun erneut sucht, aussehen wird. Die Bank könnte etwa ihre Anteile an einen

anderen Finanzier weitergeben. VoithHydro folgt offenbar den Banken, ist aber nicht gewillt, eigene Konsequenzen aus seinem tödlichen Geschäftsgebaren zu ziehen.



Extraktivismus tötet: Palmöltransporter auf dem Weg

Honduras war auch 2016 das weltweit gefährlichste Land für Umweltaktivist*innen

Dem Mord an Berta Cáceres folgten weitere. Honduras blieb laut Global Witness auch 2016 das weltweit gefährlichste Land für Umweltschützer*innen.⁶ Im März, kurz nach Bertas Ermordung, wurde COPINH-Aktivist Nelson Garcia erschossen, nachdem er an Protesten wegen einer gewaltsamen Landräumung teilgenommen hatte. Im Juli wurde die Lesbia Yaneth Urquía brutal ermordet. Sie hatte sich in der Widerstandsbewegung gegen den Putsch 2009 und zuletzt im Departement La Paz gegen das Staudamm-Projekt Aurora I engagiert, das Familienangehörigen der Vorsitzenden der Regierungspartei und Parlamentspräsidentin Gladys Aurora López gehört. Im Oktober folgte die

⁶ <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/honduras-deadliest-country-world-environmental-activism/>

Ermordung von zwei Führungspersonen der Bauernorganisation MUCA aus dem Aguán-Tal.

Auf COPINH-Mitglieder wurden 2016 mehrere Attentate verübt, unter anderem entkam Bertas Nachfolger, Interims-Koordinator Tomás Gomez im Oktober knapp den Schüssen seiner Verfolger.

Im Mai wurde eine internationale Karawane nach einer Gedenkzeremonie für Berta unter den Augen der Polizei angegriffen, mehrere Teilnehmende wurden verletzt. Demonstrationen des COPINH in der Hauptstadt Tegucigalpa wurden mehrfach von Polizei und Militär brutal niedergeschlagen. Begleitet wurden diese Aktionen von Verleumdungskampagnen - auch gegen internationale Menschenrechtsbeobachter*innen und solidarische Begleiter*innen. Wir beobachten mit Sorge, dass zunehmend auch Einreiseverbote als Instrument gegen offenbar unerwünschte internationale Augenzeug*innen benutzt werden, so zum Beispiel gegen Luis Diaz de Teran aus Spanien, wogegen eine Vielzahl von NGO protestierte.

Das neue honduranische Strafrecht: Lizenz zum Töten

Das honduranische Parlament schrieb 2016 mit finanzieller Unterstützung und Beratung durch spanische Expert*innen im Rahmen des Programmes EUROJUSTICIA sein Straf-

recht neu. Die Bedenken honduranischer Jurist*innen und sozialer Organisationen verhallten das Jahr über scheinbar ungehört, erst gegen Jahresende wurde dann internationale Kritik an dem Gesetzeswerk vernehmlicher. Alarmierend ist unter anderem, dass der Straftatbestand „Terrorismus“ für sämtliche Handlungen anwendbar gemacht werden soll, die der Staat als „schwere Beeinträchtigung des öffentlichen Friedens“ betrachtet. Die Folge, so das Center for Justice and International Law (CEJIL): „Wenn eine Demonstration als Gewaltakt mit dem Ziel, die Bevölkerung zu verängstigen, angesehen wird, müssen die Teilnehmenden mit einem Gerichtsverfahren und Haftstrafen zwischen 40 und 50 Jahren rechnen.“⁷ Mehr als problematisch ist auch der geplante



Konfrontation: Polizei gegen COPINH

7 Pressemitteilung CEJIL, 24.1.2017, Übersetzung Öku-Büro



Das neue UN-Büro: Menschenrechte hinter Spiegelglas

Artikel 25. Er legt fest, dass gegen staatliche Sicherheitskräfte, wenn sie in Ausübung ihres Amtes ihre Waffen gebrauchen und Menschen verletzen oder töten, keine Strafverfolgung stattfindet. Amnesty International stellte entsetzt fest, dass dies jeglichen internationalen Normen

widerspreche.⁸ Das 2016 eingerichtete Büro des UN-Hochkommissariates für Menschenrechte in Honduras gab zu verstehen, dass die Reform geeignet sei, ein Regime der faktischen Straflosigkeit und Immunität zu errichten. Die Rolle der EU in diesem Spiel wurde kaum beachtet. Einzig die honduranische Journalistin Dina Meza fragte: „Was ist wohl die Motivation der spanischen Entwicklungszusammenarbeit, dieses neue Strafrecht ohne Wenn und Aber zu unterstützen? Mitglieder der Zivilgesellschaft kommen zu dem Schluss, dass sie eine erbärmliche Rolle spielt, denn schließlich werden internationale Menschenrechtsstandards verletzt.“⁹

Der Wiederwahl des Präsidenten steht nichts im Weg

Trotz Korruptionsskandalen, die 2015 noch zehntausende empörter Bürger*innen auf die Straßen getrieben hatten, konnte der amtierende Präsident Juan Orlando Hernández 2016 seine autoritäre Herrschaft im Rahmen einer von wenigen mächtigen Familien und Teilen des Militärs „gelenkten Demokratie“ festigen. Als so genannter „Garant der Stabilität“ wird sein Regime von den USA ebenso gestützt wie von der deutschen und europäischen Außenpolitik geschätzt. In Honduras flammte zivilgesellschaftlicher Protest und Ungehorsam 2016 eher punktuell auf – vor allem in den energischen und erfolgreichen Protesten der Studierenden an staatlichen Hochschulen und in der Bürgerbewegung gegen die Straßenmaut.¹⁰

8 <https://www.amnesty.org/en/documents/amr37/5587/2017/es/>

9 <http://www.sampsoniaway.org/fearless-ink/2016/12/09/reeleccion-de-juan-orlando-hernandez-y-un-nuevo-codigo-penal-en-honduras/> Übersetzung Ökubüro

10 Siehe zum Beispiel in: <http://www.envio.org.ni/articulo/5287>

Laut honduranischer Verfassung ist die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten verboten. Doch Hernández ließ nach dem Modell Daniel Ortega im Nachbarland Nicaragua, alle lästigen juristischen und institutionellen Widrigkeiten beiseite räumen und kündigte schließlich am 9. November seine erneute Kandidatur an. Der honduranische Jurist Joaquín Mejía resümierte: „2016 hat Hernández ein weitgespanntes Netz aus Vergünstigung und Kontrolle gestrickt, bis er schließlich die Unterordnung aller staatlichen Institutionen, einschließlich der Streitkräfte, erreicht hat. Dies erklärt, wie es so weit kommen konnte, dass nun auch diejenigen Institutionen stillschweigen, deren Pflicht es wäre, die Verfassung zu verteidigen. Und es erklärt den Rückenwind für seine Wiederwahlpläne, die er mit einem Scheindiskurs von Legalität ummantelt hat, der doch nicht verbergen kann, dass es sich um einen weiteren Putsch gegen die fragile Demokratie in Honduras handelt.“¹¹



Und die alte Bananenrepublik: Container vor dem Verladen an der Karibikküste

¹¹http://internacional.elpais.com/internacional/2017/02/07/america/1486507036_256528.html, Übersetzung: Öku-Büro

Aktivitäten zu Honduras



Protest gegen „Grüne Energie“ um jeden Preis

“Siemens raus aus Agua Zarca” und “Gerechtigkeit für Berta”

Am 26. Januar 2016 warnten wir bei der Jahreshauptversammlung der Siemens AG in München vor kriminellen Vorgehensweisen der DESA: „Siemens weiß, dass seit Oktober 2015 eine Todesliste lokaler Auftragskiller gegen mehr als 20 Staudammgegner und -gegnerinnen im Umlauf ist, und dass es erneut Drohungen und tätliche Angriffe auf Gegner und Gegnerinnen des Projektes Agua Zarca gab. Im Dezember 2015 wurde ein Menschenrechtsbeobachter

aus Spanien vom Sicherheitschef der lokalen Betreiberfirma DESA fotografiert. Als er wenig später alleine war, prüften zwei Bewaffnete das Bild auf ihrem Handy und bedrohten ihn dann mit dem Tod. Siemens hatte ausreichend Zeit und Grund genug, sich ein eigenes Bild über die Praktiken der DESA zu machen.“¹ Siemens Vorstandsvorsitzender Kaiser verteidigte in seiner Antwort Agua Zarca ausdrücklich als legal und notwendig.

Kunstaktion: „Impunity for life?“

Am Weltfrauentag, dem 8. März veranstalteten wir eine abendliche Kunstintervention vor der Siemens-Zentrale am Wittelsbacher Platz in der Münchner Innenstadt. Unter anderem projizierten wir Bertas mit-

¹ http://www.kritischeaktionaere.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2016/Rede_Andrea_Lammers_Siemens_HV_2016.pdf

reißende Rede zur Verleihung des Goldman-Preises und demaskierten den Siemens-Slogan “Ingenuity for life” als “Impunity for life”.

Am 18. April veröffentlichten wir eine Pressemitteilung “Gewalt gegen Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen eskaliert nach dem Mord an Berta Cáceres weiter”. Viele junge Leute kamen abends ins ehemalige Trambahnhäusl an der Rosenheimer Straße, wo wir unter der Überschrift “Der Mord an der Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres und die Verantwortung von Voith Hydro und Siemens” gemeinsam mit oase e.V. einen Film über Bertas Leben zeigten und Aktionen diskutierten.

Delegation des COPINH in München

Am 3. Mai hatten wir eine Delegation von COPINH aus Honduras zu Gast. José Asunción Martínez vom COPINH-Koordinationsrat und Francisco Sánchez, Präsident des Indigenen Rates der Region Rio Blanco, standen bei einer gut besuchten Podiumsdiskussion im EineWelt-Haus unter dem Motto “Gerechtigkeit für Berta!” Rede und Antwort.



Fast 200.000 Unterschriften für den Ausstieg

Am 4. Mai folgte eine Kundgebung auf dem Karlsplatz-Stachus gemeinsam mit Oxfam Deutschland und weiteren Organisationen wie Pro Regenwald und GegenStrömung. Süddeutsche Zeitung, Münchner Merkur und Bayerischer Rundfunk berichteten. Im Anschluss zogen wir spontan vor das Siemens-Gebäude am Oskar-von-Miller-Ring. Oxfam hatte keinen Termin für die Übergabe von knapp unter 200.000 Unterschriften “Siemens jetzt aus Agua Zarca aussteigen” bekommen, unsere beiden Gäste aus Honduras diskutierten aber vor der Tür mit Vertretern der Presseabteilung.

Am 15. Juni beteiligten wir uns am Globalen Aktionstag „Gerechtigkeit für Berta“. Anfang Juni hatte der Münchner Stadtrat beschlossen, die Münchner Finkenstraße in Werner-von-Siemens-Strasse umzubenennen. Wir überklebten nun die Schilder und verlangten: Die Finkenstraße soll ab jetzt „Berta-Cáceres-Straße“ heißen!

Unsere Forderungen zum Globalen Aktionstag „Gerechtigkeit für Berta“

Sofortige Einsetzung einer unabhängigen, internationalen Untersuchungskommission, um den Mord an Berta Cáceres vollständig aufzuklären und sowohl die materiellen Täter als auch die Auftraggeber*innen des Verbrechens vor Gericht zur stellen.

Sofortige effektive und mit den Betroffenen abgestimmte Schutzmaßnahmen für die weiterhin massiv bedrohten Aktivist*innen von COPINH; insbesondere auch für diejenigen, die nach ihren Auftritten vor EU-Gremien und bei verschiedenen europäischen Regierungen im April/Mai 2016 erneut von lokalen Auftragskillern bedroht werden.

Unverzüglicher Rückzug von Voith Hydro/Siemens, der niederländischen und finnischen Entwicklungsbanken sowie der zentralamerikanischen BCIE-Bank aus dem Projekt „Agua Zarca“ sowie den sofortigen endgültigen Baustopp und die Rücknahme der Konzession.

Am 3. August schlossen wir uns einer Aktion unserer italienischen Verbündeten von CICA an und gedachten Bertas am - ebenfalls von Kraftwerksplänen bedrohten - Rio Argentina in Ligurien.

Am 2. September veranstalteten wir eine Mahnwache auf dem Witelbacher Platz und freuten uns über die erneute Solidarität einiger Mitglieder des Vereins von Belegschaftsaktionären in der Siemens AG. In einer Pressemitteilung informierten wir unter anderem über den Bericht der UN-Sonderberichterstatterin für indigene Völker Victoria Tauli-Corpuz² und den defizitären Stand der Ermittlungen im Mordfall Berta Cáceres.

² <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G16/162/03/PDF/G1616203.pdf?OpenElement>



Pride Parade zum Christopher Street Day in München: Solidarität gegen hate crimes

Situation der LGBT*-Community in Honduras

Seit zwei Jahren arbeitet ein Arbeitskreis im Öku-Büro, unterstützt von unserer hauptamtlichen Referentin für Honduras, kontinuierlich zu Themen der Lesbisch-Schwul(Gay)-Bi-Trans*-Community³ in Honduras.

Im Mai 2016 organisierten und begleiteten wir gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine Vortrags- und Vernetzungsreise der honduranischen Trans*Aktivistin Frenesys Sahory Reyes.

Frenesys arbeitet seit 2007 mit unseren Partner*innen der Asociación LGBT Arcoíris de Honduras zusammen und ist Mitgründerin der Trans*Frauen-Gruppe Muñecas de Arcoíris. Allein zwischen Juni 2015 und Mai 2016 wurden sechs Mitglieder von Arcoíris ermordet, darunter vier Trans*Frauen. Hinzu kamen versuchte Morde, Überfälle, Kurzzeitentführungen und Folter. Deshalb hatten wir Frenesys eingeladen in

³ Im Zusammenhang mit Honduras schreiben wir das I für intersex nicht, weil intersexuelle Menschen sich, soweit wir wissen, dort noch nicht organisiert haben und in der Arbeit der Organisationen, ebenso wie das Konzept von Q=queer, noch nicht explizit auftauchen. Wir verwenden stattdessen den alle einschließenden *.

München, Berlin, Hamburg und Brüssel über die Kämpfe der Community in Zeiten verschärfter politischer Repression und allgegenwärtiger hate crimes zu berichten.

Süd-Süd-Vergleich mit Argentinien

Sie gab einen Workshop bei der Trans*Tagung München, referierte bei der Podiumsdiskussion “Progressive Gesetze, brutaler Alltag - LGBTI in Argentinien und Honduras” in Berlin. Teils gemeinsam mit ihren Kolleginnen von der Federación Argentina LGBT (FALGBT) führte sie Gespräche mit Bundestagsabgeordneten, dem Außen- und Familienministerium, der Staatsanwaltschaft Berlin sowie verschiedenen Initiativen und Vereinen wie TriQ, LSVD, Les MigraS und gab Interviews. Veranstaltungen und Pressegespräche in Hamburg und München rundeten das Programm ab.

LGBT*-Advocacy auch in Brüssel

In Brüssel begleiteten wir Frenesys zu einer gemeinsam mit dem dortigen Büro der Heinrich-Böll-Stiftung vorbereiteten lunch debate mit Vertreter*innen der EU-Kommission und des EU-Parlamentes und zu Terminen mit Abgeordneten und Mitarbeiter*innen verschiedener Fraktionen. Schwerpunkt der Gespräche war neben der Situation der LGBT-Community vor allem die Kritik der sozialen Bewegungen in Bezug auf die von der EU unterstützte die Strafrechtsreform in Honduras (siehe Länderbericht).

Queerpolitische Vernetzung

Frenesys entschied sich nach dieser tour de force, die sie nochmals öffentlich exponiert hatte, zunächst nicht nach Honduras zurückzukehren, sondern die Asociación Arcoiris und das Öku-Büro von München aus zu unterstützen. Am 11. Juni kam der Direktor von Arcoiris, unser langjähriger Verbündeter und Freund Donny Reyes, von Terminen beim UN-Menschenrechtsrat in Genf zu einem Kurzbesuch nach München, um sich mit uns auszutauschen und mit Frenesys über die anhaltend hohe Gefährdungslage vor Ort und die Zusammenarbeit aus der Ferne zu beraten.

Anfang Juli begleiteten wir Frenesys zum Queerpolitischen Vernetzungstreffen „Ignoriert & verdammt? Situation queerer Geflüchteter –

hier und dort“ in den Bayerischen Landtag. Zuvor nahm sie gemeinsam mit Keith King aus Uganda und LeTra-Mitarbeiterin Julia Serdarov an einer Pressekonferenz der Abgeordneten Claudia Stamm zum gleichen Thema teil.

Am 6. Juli empfing uns Oberbürgermeister Dieter Reiter und Stadträtin Lydia Dietrich gemeinsam mit einer Delegation der LGBTI*-Community aus Münchens Partnerstadt Kiew.



Frenesys mit Münchens Oberbürgermeister Reiter

„Danke München für diesen Moment“

Dann folgte die Parade zum Christopher Street Day (CSD) und Frenesys' Rede auf der großen Bühne auf dem Münchner Marienplatz:

“Ich bin sehr glücklich, heute zusammen mit euch hier zu sein. Ich genieße es, hier einen sicheren Raum zu haben, ohne permanente Angst, dass jemand mich auf offener Straße angreift, mich bedroht oder mich mit Worten verletzt. Danke München für diesen Moment der Sicherheit und der Freiheit, mich als die Frau zu fühlen, die ich mir immer erträumt habe. Gerade deshalb möchte ich diesen Moment allen meinen Gefährtinnen, Freundinnen, Kolleginnen auf der ganzen Welt widmen, die heute NICHT mehr bei uns sind, wegen der Trans-, Lesbo, Homo- und Biphobie, die nichts als Schmerz und Verzweiflung in unserer weltweiten Community verursacht.

Heute spreche ich hier, um alle die Mitglieder und Aktivist*innen der LGTB Community in Honduras zu ehren, die brutal ermordet wurden. Aktuelle Beispiele sind die Morde an Angie Ferreira, Paola Barraza, Elkin Amador, Henry Matamoros, Pamela Rodriguez, Alejandra Padilla, Estephania Zúniga und René Martínez - um nur einige zu erwähnen. Die Liste wäre endlos, wollte ich sämtliche der mehr als 230 Mitglieder und Aktivist*innen der Community nennen, die seit dem Putsch 2009

ermordet wurden. Sie haben mit dem Leben dafür bezahlt, dass sie international garantierte Rechte eingefordert haben. Ihr einziger Traum war, ein glückliches Leben zu führen und Respekt für unsere Menschenrechte. (...) Dass ich heute hier mit euch zusammen bin, gibt mir dennoch Kraft. Es bestätigt mich darin, dass wir die Hoffnung nicht aufgeben dürfen.“

Am 7. Juli präsentierten wir gemeinsam mit dem Queerreferat der Studierendenvertretung der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München den Film „En mis tacones – Auf meinen Highheels“. Freneys berichtete über das alltägliche (Über)Leben von Trans*Frauen in Honduras und nutzte die Gelegenheit zu einer Solidaritätsaktion mit den streikenden honduranischen Studierenden am historischen Ort – im Lichthof der LMU (vgl. Länderbericht zu Honduras).

Der inzwischen achtköpfige Arbeitskreis LGBT*-Honduras des Ökübüros trifft sich weiterhin einmal monatlich.

Experimentierfeld neoliberaler Utopien

Nach dem Scheitern der sogenannten „Chartercities“ unter eigener Gesetzgebung in Madagaskar ist inzwischen Honduras zum weltweit einzigartigen Experimentierfeld für das ultaneoliberale Modell extraterritorialer Modellstädte geworden. Sie heißen in Honduras nun „Sonderentwicklungszonen“ und werden mit dem Motto „faster growth, less conflict“ beworben. Unser Seminar gemeinsam mit der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) „Honduras: Modellstädte, Extraktivismus, Widerstand“ fragte am 15. Oktober nach Zusammenhängen und Hintergründen, vor allem auch nach der Mitwirkung deutscher „Entwicklungspolitik“ und der Beteiligung transnationaler Konzerne. In einem weiteren Schritt wurden Strategien des kleinbäuerlichen und indigenen Widerstandes und der internationalen Solidarität beleuchtet und kritisch überprüft.

Anklagen gegen Korruption und Amtsmissbrauch

Im November und Dezember begleiteten wir den honduranischen Anwalt und Menschenrechtsverteidiger Martín Fernández, der die Breite Bewegung für Würde und Gerechtigkeit (Movimiento por la Dignidad y la Justicia – MADJ) leitet, bei der Tagung des Runden Tisches Zentralamerika in der Evangelischen Akademie Hofgeismar (siehe Kapitel „Vernetzung“ am Ende dieses Jahresberichtes) und anschließend zu

Terminen in Berlin (in Kooperation mit HondurasDelegation-CADEHO).⁴ Martín sprach unter anderem mit Mitgliedern der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe des Bundestages und mit den zuständigen Referats- und Sachgebietsleitern des Auswärtigen Amtes und des BMZ. Themen waren unter anderem die Möglichkeit der (ver-



HondurasDelegation und Honduras Forum Schweiz mit Martín Fernández (4. von re) und Anabela Sibrián aus Guatemala (2. von re) von der Plattform gegen Straflosigkeit

fassungswidrigen) Wiederwahl des Präsidenten, die Anzeigen des MADJ im Korruptionsfall des Sozialversicherungsinstituts und die Frage ihrer (Nicht)Bearbeitung durch die internationale Anti-Korruptions-Kommission MACCIH). Die Abgeordneten stellten Fragen zum Mordfall Berta Cáceres und zu den Prozessen gegen zwei ehemalige honduranische Vize-Umweltminister und einen Bürgermeister wegen illegaler Genehmigungen, Bestechlichkeit und Amtsmissbrauch im Zusammenhang mit dem Kraftwerksprojekt Agua Zarca. Martín Fernández betonte die Notwendigkeit einer Gesamtrevision aller Konzessionen und Umweltgutachten für ganz Honduras. Diskutiert wurden ferner menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen, die Rolle der deutschen Botschaft beim Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen sowie das Sicherheitsabkommen zwischen El Salvador, Honduras und Guatemala und die Migration nach und aus Zentralamerika.

Delegationsreise nach Honduras

Gemeinsam mit dem deutsch-österreichischen Netzwerk Honduras-Delegation und der Berliner Gruppe CADEHO (Cadena de Derechos

⁴ <http://hondurasdelegation.blogspot.de/2017/01/wir-leben-in-einer-diktatur.html>

Humanos – Menschenrechtskette Honduras) organisierten wir zwei Vernetzungstreffen (im Januar und im Juli), mehrere Seminare und die mittlerweile fünfte Delegationsreise nach Honduras. Im Mittelpunkt der Reise vom 21. November bis 8. Dezember 2016 standen die Auswirkungen der globalen neoliberalen Ökonomie auf indigene Gemeinden und soziale Bewegungen.

Ein Auszug aus dem Abschlussbericht: “Wir haben im Zentrum und im Norden des Landes 18 verschiedene Organisationen besucht, (...) um die aktuelle gesellschaftlich-politische Lage sowie die Herausforderungen, denen die einzelnen Organisationen gegenüber stehen, kennenzulernen.



Landwirtschaft statt Migration: Garifuna-Gemeinden wehren sich gegen Tourismus-Großprojekte

(...) Während unserer Reise identifizierten wir zwei Faktoren, von denen der überwiegende Teil der von uns besuchten Organisationen betroffen sind und die zu einer Begrenzung der gesellschaftlichen und politischen Handlungsspielräume führen:

1. Lokale Auswirkungen der globalen neoliberalen Ökonomie durch multinationale Investitionen

Die emblematischsten Fälle, denen die indigenen Gemeinden in der Bucht von Trujillo gegenüberstehen, sind von Investitionen im Bereich Tourismus und Immobilien (hauptsächlich mit kanadischem Kapital) sowie vom Aufbau einer Erdölraffinerie auf dem Territorium der Garífuna und der Einführung von „Zonen der Beschäftigung und ökonomischen Entwicklung“ (ZEDE), besser bekannt als „Modellstädte“ oder „Charter Cities“ betroffen. Die direkte Auswirkung dieser Projekte ist die widerrechtliche Aneignung von Gemeindeland der Garífuna, was auf gewaltsame Vertreibung und das Verschwinden ihrer Gemeinden hinausläuft. Im Department Yoro leiden die Gemeinden der Tolupanes in San Francisco de Locomapa unter der illegalen Ausbeutung ihrer Wälder durch Holzunternehmen sowie unter dem heimlichen Abbau von Antimonvorkommen durch Bergbauunternehmen. 17 Indigene wurden aufgrund ihres Widerstandes dagegen ermordet. (...) Die Mehrzahl dieser Taten bleibt straffrei.



San Francisco Locomapa: Indigene Gemeinschaft der Tolupanen mit der Delegation

2. Systematische Diffamierung und Kriminalisierung von Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen

Vertreter*innen der besuchten Organisationen berichteten von permanenter Einschüchterung und Kriminalisierung aufgrund ihrer Arbeit. In der Ausübung der Verteidigung der Menschenrechte gehen sie ernsthafte Risiken ein, die ihr tägliches Leben beeinflussen. (...) Sie befürchten Einbruch und selektiven Diebstahl in ihren Büros sowie direkte Attentate und Folter. Es wird ein feindliches Klima geschaffen, in dem Angst herrscht, sich öffentlich zu äußern. Verschiedene Medien und Erklärungen von Funktionären der Regierung sind Teil von Diffamierungskampagnen gegen Organisationen und Einzelpersonen. (...)

Während unserer Reise sind wir einer organisierten Zivilgesellschaft begegnet, die den vulnerablen Teilen der Bevölkerung in ihren Kämpfen beisteht und für eine Schaffung einer gerechten, demokratischen, offenen und transparenten Gesellschaft eintritt.”

Der vollständige Abschlussbericht sowie ausführliche Reportagen zu den einzelnen Reisetationen finden sich auf dem blog der HondurasDelegation: <http://hondurasdelegation.blogspot.de>

Hintergrundanalysen und Artikel, die anlässlich der Reise entstanden, sind in der Februarausgabe der Zeitschrift *ila* (Nr. 402, 2017) abgedruckt.



GRABIEL: Somos movimientos y esperanza
„Wir sind Bewegung und Hoffnung!“ Zweiteiliger Linolschnitt 2016

Länderbericht

Das Jahr 2016 stand unter dem Zeichen eines massiven Vorgehens gegen die Gewalt der (Jugend-)Banden. Die politische Polarisierung blockierte die Aufnahme neuer Schulden und brachte El Salvador mehrmals an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Als positiv erscheint die Aufhebung des Amnestiegesetzes aus dem Jahre 1993 sowie die Abweisung der Klage von OceanaGold gegen El Salvador vor dem internationalen Schiedsgericht.

Außerordentliche Maßnahmen gegen Gewalt

Wie das Jahr 2015 war auch der Beginn von 2016 von extremer Gewalt im Zusammenhang mit den so genannten *Maras* oder *Pandillas* (Banden) geprägt. Nach einem Massaker an 11 Personen, darunter Arbeiter eines Stromkonzerns, am 3. März entschied sich die Regierung unter Präsident Sánchez Cerén, eine Kehrtwende in der Politik der inneren Sicherheit vorzunehmen.

Dabei verabschiedete sich die Führung der FMLN vom Diskurs der Gewaltprävention und verkündete Anfang April den Beginn der so genannten Außerordentlichen Maßnahmen. Diese gingen einher mit einer Neubesetzung in den Befehlsstrukturen der Sicherheitskräfte.

Der operative Schwerpunkt der Maßnahmen zielte zum einen auf eine bessere Kontrolle der Gefängnisse ab. Bis dahin war es ein offenes Geheimnis, dass die Aufträge für zahlreiche Verbrechen wie Mord und Erpressung von Anführern aus den Haftanstalten heraus erteilt wurden. Mit den Außerordentlichen Maßnahmen wurden die Telefonanbieter verpflichtet, das Signal ihrer Mobilfunknetze so zu drosseln, dass aus den Gefängnissen keine Anrufe mehr getätigt werden konnten. Gleichzeitig wurden die Besuche in den Gefängnissen bei den Mitgliedern der *Pandillas* stark eingeschränkt. Heute dürfen deren Anführer*innen nur noch von Anwält*innen besucht werden. Dabei sind Mandant*in und Verteidiger*in durch eine Glasscheibe getrennt, um den Austausch geheimer Botschaften zu unterbinden.

Als weitere Maßnahme wurden Spezialeinheiten der Polizei und des Militärs gebildet, welche die Strukturen der *Pandillas* direkt angreifen sollten. Ziel dabei war, die Kontrolle des Staates über das Territorium zurückzugewinnen. In der Folge berichteten die Medien fast täglich von Gefechten zwischen Sicherheitskräften und Jugendbanden. Tatsächlich gelang es, die Zahl der täglichen Morde zu halbieren. Gegenüber dem Öku-Büro bestätigten Vertreter*innen von sozialen Bewegungen, dass die Außerordentlichen Maßnahmen zu einer Entspannung der Si-



Grupo de Reacción Policial (GRP) – Spezialeinheit der Polizei

cherheitslage geführt hätten. Da diese jedoch nicht durch umfassende Programme der Prävention, Reintegration oder einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Chancen für die Menschen einhergingen, wird der nachhaltige Erfolg dieser rein auf Repression ausgelegten Strategie bezweifelt.

Des Weiteren gibt es zahlreiche Berichte, die darauf hinweisen, dass eine bedeutende Anzahl der getöteten Delinquent*innen nicht im Zuge von Gefechten ihr Leben verloren, sondern außergerichtlichen Exekutionen zum Opfer fielen. Beobachter*innen äußerten in diesem Zusammenhang den Verdacht einer Zusammenarbeit von Todesschwadronen und Sicherheitskräften. Diese Verbrechen geschehen in einem Umfeld der weitgehenden Straffreiheit.

Korruption weiterhin ein Problem

Es darf nicht vergessen werden, dass die Opfer dieser Strategie meist junge Männer der marginalisierten Stadtviertel sind. Zu den Profiteur*innen und Kompliz*innen des organisierten Verbrechens zählen jedoch auch Bürgermeister*innen, Anwält*innen, Geschäftsleute und Abgeordnete. Im Jahresbericht 2015 wiesen wir auf die dubiosen Machenschaften des ehemaligen Oberstaatsanwaltes Luís Martínez hin. Dessen Nachfolger Douglas Meléndez hat sich zum Ziel gesetzt, das organisierte Verbrechen unabhängig vom Ansehen der Person zu verfolgen. Und tatsächlich wurden 2016 zahlreiche Verfahren gegen zum Teil namhafte Persönlichkeiten des Landes eingeleitet.

So wird dem ehemaligen Präsidenten Mauricio Funes (FMLN) persönliche Bereicherung im Amt vorgeworfen. Im Zusammenhang mit dem Erwerb von Immobilien kann dieser die Herkunft von Vermögen im Wert von 600.000 Dollar nicht erklären. In den Ermittlungen geht es um Unterschlagung, Veruntreuung von Geldern, Vorteilsgewährung und illegale Geschäfte. Funes selbst kritisiert das Verfahren gegen sich als politisch motiviert. Um sich dem Zugriff der Behörden zu entziehen,



Korruptionsverdacht gegen Ex-Präsident Funes (FMLN)

setzte er sich ins Nachbarland Nicaragua ab, welches ihm bis heute Asyl gewährt.

Dabei ist Funes nicht der einzige Ex-Präsident, welcher sich mit Vorwürfen der Justiz konfrontiert sieht. Sein Vorgänger Antonio Saca (ARENA) wurde im Oktober 2016 verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm unter anderem das Bilden einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Korruption vor.

Gegen einen weiteren Ex-Präsidenten, Francisco Flores (ARENA), wurde wegen der Veruntreuung von 15 Millionen Dollar ermittelt. Dieser verstarb jedoch im Januar vergangenen Jahres im Alter von 56 Jahren. Ein möglicherweise

längerer Gefängnisaufenthalt blieb ihm dadurch erspart.

Gegen den ehemaligen General und Botschafter El Salvadors in Deutschland Atilio Benítez wurde ein Verfahren wegen illegalen Waffenhandels eingeleitet.

Die Ermittlungen der Justiz machten jedoch auch vor den eigenen Reihen nicht halt. So ermittelte die Behörde von Douglas Melendez gegen dessen bereits oben erwähnten Vorgänger Luís Martínez wegen Bestechlichkeit.

Allgemein herrscht aber gegenüber dem Justizsystem El Salvadors wegen dessen Anfälligkeit für Korruption ein gewisses Misstrauen. So bleibt abzuwarten, ob der Eifer der Ermittlungsbehörden in den oben genannten Fällen einem realen Aufklärungswillen entspricht oder lediglich darauf abzielt, den Anschein von Transparenz und Rechtsstaatlichkeit zu erwecken. So hat bisher noch keines der angesprochenen Verfahren zu belastbaren Ergebnissen geführt. Gegenüber dem Ökumenischen Büro wurde der Verdacht geäußert, dass die medienwirksame Inszenierung der Ermittlungsbehörden darauf abzielt, von wichtigeren Fällen

abzulenken, welche einflussreiche Kreise gerne in Ruhe ad acta legen wollen.

Aufhebung des Amnestiegesetzes

Auch bei einem weiteren bedeutenden Thema des Jahres 2016 steht die Justiz im Mittelpunkt des sozialen Dramas. So hatte am 13. Juli die Verfassungskammer des Obersten Gerichtes das Amnestiegesetz aus dem Jahr 1993 für verfassungswidrig erklärt. Besagtes Gesetz verhinderte die strafrechtliche Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen zu Zeiten des Bürgerkrieges. Befürworter*innen dieser Regelung betonten die Wichtigkeit der Amnestie für die Transformation eines bewaffneten Konfliktes in die einer politischen Auseinandersetzung. Menschenrechtsgruppen hingegen forderten die Aufhebung der Straffreiheit, weil diese der juristischen Aufarbeitung wie zum Beispiel der Armeemassaker von El Mozote oder vom Río Sumpul im Wege stand. Paradoxerweise war die Führung der FMLN eine der ersten, welche die im Sommer vergangenen Jahres verkündete Annullierung dieses Gesetzes kritisierte und als Staatsstreich bezeichnete. In der Öffentlichkeit wurde diese Position der amtierenden Regierung um den Präsidenten und Ex-Guerilla-Kommandanten Sanchez Chéren mit Verwunderung und viel Kritik aufgenommen. War es doch gerade die FMLN, welche in der Vergangenheit immer wieder die Aufhebung dieses Gesetzes gefordert hatte. Die Aufregung innerhalb der Regierung begründete sich¹ dadurch, dass die Richter in ihrem Urteil eine Art Gleichsetzung der Verbrechen der Armee und die der Guerilla vornahmen, was faktisch und historisch gesehen vollkommen unzulässig ist. Angesichts einer mutmaßlich politisch nicht unabhängigen Justiz wird nun befürchtet, dass dieses angeblich im Sinne der Menschenrechte gefallene Urteil nun dazu genutzt wird, gegen führende Politiker*innen der FMLN politisch motivierte Verfahren einzuleiten.

Die bittere Reaktion der Regierung auf dieses Urteil resultiert dabei auch daraus, dass die Kammer am selben Tag die Aufnahme eines vom Parlament genehmigten Kredites über 900 Millionen Dollar für rechtswidrig erklärte. Dabei war die Entscheidung des Gerichtes nicht in der Sache begründet, sondern stützte sich lediglich auf angebliche Verfahrensfehler im Abstimmungsprozess des Parlamentes.

¹ <http://zas-correos.blogspot.de/2016/07/el-salvador-perversion-des.html>

Und während die nationale und internationale Presse die Aufhebung des Amnestiegesetzes als historischen Fortschritt feiern konnte, verschärfte sich die finanzielle Strangulierung der Regierung. Von einem auf Tag den anderen drohte El Salvador die Zahlungsunfähigkeit. Auf dem Spiel standen die Gehälter der Staatsbediensteten sowie das Bedienen der Staatsschulden. Dabei bleibt das Grundproblem, dass das Land regelmäßig mehr ausgibt als es durch Steuern einnimmt. Während die Linke versucht, diesem Defizit durch eine höhere Besteuerung der Unternehmen und einem Eindämmen der Steuervermeidung zu begegnen, fordert die Rechte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und liebäugelt mit drastischen Strukturanpassungen im Stile des Internationalen Währungsfonds.

Das Urteil des Obersten Gerichtes nutzte die Opposition, um die Regierung der FMLN vor sich herzutreiben. So stand El Salvador im Jahr 2016 mehrmals am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Im November schließlich erzielten Regierung und Opposition einen Kompromiss. Von den mittlerweile geforderten 1,2 Mrd. Dollar an neuen Krediten einigte man sich auf die Aufnahme von 550 Millionen Dollar. Um einem grenzenlosen Ansteigen des Defizits etwas entgegenzusetzen, wurde ein Gesetz zur Haushaltsverantwortung (*Ley de Responsabilidad Fiscal*) verabschiedet. Dieses sieht vor, dass nach einer Übergangszeit die Staatseinnahmen pro Jahr mindestens 17% des Bruttoinlandsproduktes betragen müssen, während die Staatsausgaben 18,5% desselben nicht übersteigen dürfen².

Diese weitere gesetzliche Einschränkung des Handlungsspielraums der Regierung löst jedoch die Probleme nicht, weil aufgrund der politischen Polarisierung weiterhin keine Einigung darüber erzielt wurde, an welchen Stellschrauben Änderungen auf der Ein- und Ausgabenseite vorgenommen werden sollten. Gleichzeitig bietet das Gesetz für die Rechte im Parlament weitere Möglichkeiten, um den politischen Druck im Wahlkampf für die Neubesetzung des Parlamentes 2018 und für die Präsidentschaftswahlen 2019 zu erhöhen. Die FMLN wird versuchen, sich als Opfer einer Erpressung zu inszenieren. Soziale Bewegungen hingegen fordern die Regierung von Sanchez Chéren auf, neue Allianzen mit der Bevölkerung zu schmieden anstatt immer den Kompromiss mit der Rechten zu suchen. Sie hoffen, so der politischen Blockade ein Ende bereiten zu können.

² http://www.centralamericadata.com/es/article/home/El_Salvador_Significativo_avance_en_materia_fiscal

Schiedsgericht der Weltbank lehnt Klage gegen El Salvador ab

Trotz all dieser Probleme ließ sich 2016 auch positives vermelden. So urteilte nach mehr als sieben Jahren Verhandlungen das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten der Weltbank (ICSID) in einem Streit mit dem australischen Unternehmen OceanaGold zugunsten von El Salvador. Der Bergbaukonzern muss acht Millionen US-Dollar Prozesskosten an die salvadorianische Regierung zurückzahlen. Das kanadische Vorgängerunternehmen Pacific Rim hatte El Salvador 2009 auf 250 Millionen US-Dollar Schadensersatz aufgrund nicht erzielter Gewinne verklagt. Dieses positive Urteil gab auch den Forderungen für ein Gesetz zum Verbot des metallischen Bergbaus in El Salvador neuen Auftrieb. Wir werden die Entwicklungen in diesem Fall 2017 weiter verfolgen.

Regionale Akteure Zentralamerikas vernetzen sich

Bei all den Problemen Zentralamerikas freut es uns zu sehen, dass unsere Partnerorganisationen verstärkt regionale Vernetzung betreiben. Gerade auch angesichts der feigen Ermordung unserer Freundin und Compañera Berta Cáceres zeigte sich die bestehende Solidarität der Menschen Zentralamerikas untereinander.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros zu El Salvador

Rundreise und Wochenendseminar: „Harte Hand“ gegen Gewalt – Gibt es eine Alternative für El Salvador? (18.11.-6.12.)

Die alljährliche Rundreise mit Wochenendseminar befasste sich mit dem Thema der Gewalt und inneren Sicherheit in El Salvador. Dabei ging es zum einen darum, das Phänomen der Jugendbanden, auch *Maras* oder *Pandillas* genannt, zu verstehen; zum andern sollte der repressive Politikansatz der *Mano Dura* (Harte Hand) bzw. der 2016 angewandten Außerordentlichen Maßnahmen (siehe Länderbericht El Salvador) kritisch analysiert werden.

Als Referenten aus El Salvador waren José Santos Guevara Maradiaga, alias Mario, aus der Region Bajo Lempa und Eduardo Amaya aus San Salvador eingeladen. Mario ist sowohl Vorsitzender von ACUDES-



Auf Rundreise Eduardo Amaya und Mario Guevara bei der Basisgemeinde Wulfshagener Hütten

BAL (Vereinigte Gemeinden am unteren Ostufer des Lempa-Flusses) als auch von MOVIAC (Bewegung der Opfer und Betroffenen des Klimawandels und der Konzerne). Eduardo Amaya ist Psychologe und arbeitet in San Salvador beim *Servicio Social Pasionista* (SPASS) im Bereich der Gewaltprävention.

Auf dem Programm standen Abendveranstaltungen in Kiel, Berlin, Hamburg, Köln, Bonn, Kleve, Oberursel und München sowie in der Basisgemeinde Wulfshagener Hütten. Daneben gestalteten unsere beiden Gäste zwei Workshops: einen auf der Tagung des Runden Tisches Zentralamerika in der Ev. Akademie Hofgeismar (18.-20.11) und einen weiteren auf dem jährlichen El-Salvador- Bundestreffen (Wochenendseminar) zum Thema: „Harte Hand gegen Gewalt – Gibt es eine Alternative für El Salvador?“ in Frankfurt (25.-27.11.).

Darüber hinaus waren Eduardo Amaya und Mario Guevara gern gesehene Gäste für Hintergrundgespräche im Auswärtigen Amt, beim Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), bei Brot für die Welt sowie beim Marie Schlei-Verein in Hamburg. Diverse Zeitschriften und Zeitungen führten Interviews und veröffentlichten entsprechende Beiträge zum Thema.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung war deshalb so bedeutsam, weil im Jahr 2015 El Salvador als das gefährlichste Land der Welt außerhalb von Kriegsgebieten galt. Eine Ursache für die hohen Mordraten ist der zunehmende Einfluss der Jugendbanden seit Ende der 90er Jahre. Um dieser Entwicklung Herr zu werden setzte El Salvador - wie auch die Länder Guatemala und Honduras - in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts auf einen repressiven Ansatz. Mario Guevaras erläuterte, dass diese Politik der Harten Hand statt zu mehr Sicherheit eher zu einer Verfestigung der Gewaltstrukturen geführt hat. Ab 2012 versuchte der linke Präsident Mauricio Funes (FMLN), durch die Aushandlung eines Waffenstillstandes mit den Führern der Pandillas das Problem zu bewältigen. Damit gelang es zwar, durch Verhandlungen die Mordraten für einen gewissen Zeitraum zu reduzieren. Es zeigte sich aber, dass die Pandillas aufgrund der nachlassenden Strafverfolgung ihre Macht im gesamten Land ausbauen konnten. In der Folge erpressten sie immer häufiger Schutzgelder, dies wurde für die Bevölkerung ein generelles Problem. Nach dem Scheitern des Ansatzes Waffenstillstand stiegen die Mordraten in El Salvador wieder an. Wie Mario Guevara bestätigt, haben die nun seit April 2016 realisierten Außerordentlichen Maßnahmen auch in der Region Bajo Lempa zu einer Entspannung der Situation für die Bevölkerung geführt. Seine Analyse ist aber, dass diese Maßnahmen nur kurzfristig einen Erfolg bringen werden, da die entscheidenden strukturellen Ursachen wie Armut, soziale Ungleichheit oder Korruption nicht ausreichend angegangen werden.

Eduardo Amaya stellte die Struktur und die Individuen der Pandillas in den Mittelpunkt seiner Präsentation. Er wies zum einen auf die strukturellen Gründe hin, die Kinder und Jugendliche dazu bewegen, sich den Maras anzuschließen. Es wurde deutlich, dass die kriminelle Subkultur der Pandillas desintegrierten Individuen Möglichkeiten eröffnet, die ihnen die Gesellschaft nicht (mehr) bieten kann. Sein sehr sachlich strukturierter Vortrag machte klar, dass diese Jugendlichen Opfer und Täter zugleich sind. Folglich bedarf es für die Lösung dieses Problems repressiver wie auch präventiver Maßnahmen.

Im Zuge der Rundreise erstellte das Ökumenische Büro das Factsheet „Wem nützt Gewalt?“. Dieses kann als PDF von unserer Website heruntergeladen oder unter info@oeku-buero.de bestellt werden.

Tiempos Nuevos Teatro: Die Farbe des Schmerzes **22. Juli, Carl-Orff Gymnasium, Unterschleissheim**

Gemeinsam mit dem Carl Orff Gymnasium Unterschleissheim organisierte unser Büro am 22. Juli eine Aufführung des *Tiempos Nuevos Teatro* aus El Salvador.

Das 1993 ins Leben gerufene Projekt nutzt die Kunst als Werkzeug für eine soziale Veränderung hin zu einer gerechten und gleichberechtigten Gesellschaft sowie für die Anerkennung von Diversität und Respekt vor den fundamentalen Rechten aller Menschen.

Das Stück *Die Farbe des Schmerzes* wurde 2016 erstmals aufgeführt. Es „basiert auf der Geschichte von Maria, die als beispielhaft für viele gelten kann. Es sind Geschichten vom Leben, Geschichten von Migration, die in irgendeinem anderen historischen Augenblick sich in das Menschsein verwandeln.“³

Vor der Aufführung gestaltete die Gruppe einen Theaterworkshop für rund 60 Schüler*innen des Carl-Orff Gymnasiums.



Tiempos Nuevos Teatro aus El Salvador im Carl Orff Gymnasium Unterschleissheim

Guarjila: Fortschritte und Herausforderungen in einer kleinen Gemeinde in El Salvador, 23. Juli, Olching

In ihrem Vortrag berichtete Edith Guardado über die Geschichte ihrer Heimatgemeinde Guarjila. Diese wurde 1987 in Zeiten des Bürgerkrieges in El Salvador von Rückkehrer*innen aus dem honduranischen Exil neu gegründet. Thema waren die Umstände der Flucht und die Herausforderungen beim Wiederaufbau der Gemeinde sowie die Entwicklung des Schulwesens und der Krankenstation. Dabei ging es auch um die Bedeutung von Solidaritätsgruppen – zum Teil aus Deutschland – für die Durchführung von Projekten.

Darüber hinaus wurden am Beispiel der Situation in Guarjila aktuelle Realitäten und Herausforderung des Landes El Salvador angesprochen, wie zum Beispiel die Gewalt der Jugendbanden, die Probleme der Jugendlichen Arbeit zu finden sowie die Folgen der Migration für die Gesellschaft.



Edith Guardado bei karl e.v. in Olching

Infostand am Internationalen Frauentag, 8. März

Am 8. März war der Arbeitskreis El Salvador des Ökumenischen Büros mit einem Infostand am Stachus präsent. Dabei machten wir auf die problematische Situation aufgrund des absoluten Abtreibungsverbots in dem mittelamerikanischen Land aufmerksam. Wir sammelten Unterschriften für die Freilassung von zu Unrecht zu hohen Haftstrafen verurteilten Frauen.

Länderbericht

Mit den Wahlen im November 2016 bauten Daniel Ortega und die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) ihre Macht noch einmal aus. Mit Ortegas Ehefrau Rosario Murillo als Vizepräsidentin scheinen auch die Machtverhältnisse innerhalb der FSLN auf Jahre festgeschrieben zu sein. Da eine Opposition praktisch nicht mehr existiert, hängt die Zukunft Nicaraguas immer stärker von der Partei FSLN und der Familie Ortega Murillo ab.

Wahljahr mit vorhersehbarem Ausgang

Sowohl die Regierung als auch die Oppositionsparteien stellten die Präsidentschaftswahlen am 9. November 2016 von Anbeginn des Jahres in das Zentrum ihrer politischen Agenda. Die Regierung verwies auf ihre Erfolge und warb für die vierte Wiederwahl Präsident Daniel Ortegas. Die Opposition prangerte die Unregelmäßigkeiten bei den vergangenen Wahlen an und forderte Korrekturen beim Wahlprozess, vor allem personelle und institutionelle Änderungen beim Obersten Wahlrat CSE. Das Ergebnis ist wahrscheinlich bekannt: Während sich die Forderungen der Opposition nicht erfüllten, wurde Daniel Ortega wiedergewählt. Mit 72,5% der Stimmen erzielte er sein bestes Ergebnis überhaupt. Der Sieg der FSLN bei der Wahl zur Nationalversammlung fiel ähnlich hoch aus. Ein überwältigender Sieg Ortegas und der FSLN waren erwartet worden, einige Details der Ergebnisse und die Art und Weise, wie sie zustande kamen, lohnen ein näheres Hinschauen.

Auf dem Weg in die Familienherrschaft?

Seit über 30 Jahren heißt der Kandidat der FSLN bei den Präsidentschaftswahlen immer Daniel Ortega. Eine knappe Woche nach der Wahl im November wurde er 71 Jahre alt. Die Nicaraguaner*innen kennen ihn also gut. Nichts am Wahlkampf der FSLN war neu, nichts dürfte die Wähler*innen daran überrascht haben. Neu war diesmal aber die Person, die für die Vizepräsidentschaft kandidierte. Es war die Ehefrau Ortegas, Rosario Murillo. Murillo spielte bisher schon eine bedeutende politische Rolle. Ihre offizielle Funktion war die einer Regierungssprecherin¹, praktisch war sie aber so etwas wie eine Kanzlerin. Sie leitete zum Beispiel die Sitzungen des Kabinetts. Die Vizepräsidentschaft bedeutet daher kaum praktischen Machtzuwachs für Murillo. Wichtig ist der verfassungsrechtliche Aspekt des Amtes. Laut Verfassung übernimmt der Vizepräsident die Aufgaben des Präsidenten, „wenn dieser vorübergehend oder für immer“ ausfällt. Wenn es stimmt, dass Daniel Or-

¹ Rosario Murillos bisheriger Titel war *Coordinadora del Consejo de Comunicación y Ciudadanía*



Gipfel CELAC 2015: In der Delegation Nicaraguas tragen fünf den Namen Ortega oder Murillo

tega gesundheitliche Probleme hat, und man bedenkt, dass vier Kinder des Paares Ortega-Murillo die Funktion von Präsidentenberater*innen haben, dann sind Analysen, Nicaragua erlebe gerade die Errichtung der Familienherrschaft Ortega-Murillo, nicht von der Hand zu weisen. Die Opposition warnt schon länger davor, aber mit ihrem Gerede

von Familiendiktatur und einer drohenden Wiederkehr der Zeiten Somozas schießt sie weit über das Ziel hinaus und versucht vor allem von der eigenen Unzulänglichkeit abzulenken.

Nicaragua ist jetzt praktisch ohne Opposition

Es soll hier nicht bestritten werden, dass es seit 2007, als es der FSLN unter Daniel Ortega gelang, nach 16 Jahren Opposition wieder die Macht zu gewinnen, immer wieder Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen gab. Von Wahl zu Wahl steigerte der von der FSLN beherrschte Oberste Wahlrat CSE seine Einflussnahme zu Gunsten der FSLN. Die Möglichkeiten zur Wahlbeobachtung wurden immer mehr eingeschränkt. Vor den letzten Wahlen schaffte Daniel Ortega Wahlbeobachtung ganz ab. Auch die ebenfalls von der FSLN beherrschte Justiz agierte parteiisch gegenüber der Opposition. So entschied das Oberste Gericht kurz vor der Wahl im November, dass die stärkste Oppositionspartei *Partido Liberal Independiente* (PLI) nicht antreten dürfe. So interpretierten zumindest Opposition und die ihr nahestehenden Medien das Urteil des Gerichtes und propagierten den Boykott der Wahlen. So einfach war die Angelegenheit aber nicht. Der Konflikt innerhalb der PLI, den das Oberste Gericht entschieden hatte, war schon vor den Präsidentschaftswahlen 2011 entstanden. Damals hatten Liberale den populären Direktor des rechten Radiosenders *Corporación*, Fabio Gadea, für eine Präsidentschaftskandidatur gewonnen. Damit hatten sie zwar einen Kandidaten, aber noch keine zur Wahl zugelassene Partei. Nach einigem Streit kandidierte Gadea für die damalige Minipartei PLI. Gadea verlor mit einem achtbaren Ergebnis gegen Daniel Ortega, und die PLI wurde mit knapp 30% stärkste Oppositionspartei. Beflügelt durch diesen Erfolg entbrannte in der

PLI ein Streit um die rechtmäßige Führung, der bis vor das Oberste Gericht ging. Nachdem Aufforderungen des Gerichts, die streitenden Parteien mögen sich doch gütlich einigen, nicht fruchteten, fällte das Gericht sein Urteil. Die rechtmäßige Führung wurde einem politisch bedeutungslosen Grüppchen zugesprochen. Das gefiel der FSLN sicherlich gut. Wichtig ist auch noch zu erwähnen, dass die PLI in den Monaten vor dem Urteil des Obersten Gerichts in Meinungsumfragen nur Werte um die 5% erreichte.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung errang die FSLN 71 der 92 Sitze und damit neun mehr als bei der Wahl 2011. Zweitstärkste Partei wurde die von Arnoldo Alemán beherrschte *Partido Liberal Constitucionalista* (PLC) mit 14 Sitzen. Fünf weitere Parteien, darunter die neue PLI, erreichten je einen oder zwei Sitze.

Wie groß war die Wahlbeteiligung?

Die größte Aufmerksamkeit unter den vom CSE bekannt gegebenen Ergebnissen erreichte aber nicht die Wiederwahl Daniel Ortegas und die Verteilung der Sitze im Parlament, sondern die Wahlbeteiligung. Für diese gab der CSE 68.2% an. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber 2011, was auf allgemeinen Unglauben stieß. Die Opposition behauptete dagegen, die Wahlbeteiligung hätte nur bei 30% gelegen. Sie konnte sich dabei aber nur auf Beobachtungen und Schätzungen berufen. Nachdem es keine offizielle Wahlbeobachtung gab und der gesamte Wahlprozess inzwischen völlig intransparent ist, gibt es wenig Anhaltspunkte, um zu überprüfen, ob die Regierung wirklich inzwischen auf Indifferenz bei breiten Bevölkerungskreisen stößt. Einiges spricht aber dafür, dass die Regierung auf mehr Gleichgültigkeit bei den Wähler*innen stößt und dass sie das auch schon vor der Wahl befürchtete. Der Oberste Wahlrat CSE hatte sich offensichtlich vorher Gedanken gemacht, wie er eine hohe Wahlbeteiligung ausweisen konnte. Er erfand dafür verschiedene Wähler*innenverzeichnisse, ein Brutto-Verzeichnis mit knapp fünf Millionen Namen und ein aktives Verzeichnis mit etwa 650.000 Namen weniger. Mit letzterem versuchte der CSE sinnvollerweise Verstorbene und Migrant*innen zu erfassen. Nicht einzusehen war aber, dass auch Wähler*innen, die an den letzten beiden Wahlen nicht teilgenommen hatten, in dem aktiven Verzeichnis fehlten. Um wählen zu können, mussten sie ihre Wiederaufnahme ins Wahlverzeichnis betreiben. Kurz vor der Wahl überraschte der CSE die Öffentlichkeit mit noch einem Wahlverzeichnis, das er das reale Verzeichnis nannte. In diesem war die Zahl

der Wähler*innen noch einmal um 550.000 geringer, wofür keinerlei Erklärung geliefert wurde. Dieses reale Verzeichnis liegt offensichtlich der Berechnung der Wahlbeteiligung zugrunde.²

Diese Details schmälern den Wahltriumph der FSLN erheblich. Vielleicht steht hinter der Wahlmüdigkeit der Nicaraguaner*innen, dass ihnen nicht mehr klar ist, wofür denn die FSLN eigentlich noch steht. Welche Vision hat sie? Ihre letzte große Vision lieferte die FSLN 2013 mit dem Projekt des „Großen Interozeanischen Kanals“: einen sehr umstrittenen Traum von baldigem Reichtum. Aber wie zuvor schon der revolutionäre Traum scheint auch der Traum vom Kanal zu verblassen.

Rätselraten über den Kanal

Die Kritik an den ökologischen und sozialen Folgen des Kanalbaus hält unvermindert an, aber inzwischen stieg auch die Zahl der Skeptiker*innen, die vermuten, dass das Projekt „Großer Interozeanischer Kanal Nicaraguas“ der chinesischen Firma HKND³ nicht zustande kommen wird. HKND vergab zwar im vergangenen Jahr weitere Planungsaufträge und präsentierte archäologische Funde als Ergebnisse von Geländevoruntersuchungen, aber der für Ende 2016 angekündigte Baubeginn fand nicht statt. Und dies passierte nicht zum ersten Mal. Im Dezember 2014 wurde schon einmal großartig der Baubeginn gefeiert, ohne dass anschließend etwas geschah.

Wie in den vergangenen Jahren warben HKND und die nicaraguanische Regierung auch 2016 weltweit für das Projekt. So wurde im September 2016 das Projekt auf dem 15. Weltkongress des Bauingenieurwesens in Costa Rica vorgestellt. Aufmerksamkeit erregte dort aber vor allem ein Interview, das der Vizepräsident von HKND, Pang Kwok Wai, der Zeitung *La Nación* gab⁴. Pang Kwok Wai musste in dem Interview eingestehen, dass HKND bisher immer noch niemanden benennen könne, der sich entschieden hatte, in das Projekt zu investieren. Und auf die Frage, wie viel Zeit noch für Studien benötigt würde, ehe die Bauarbeiten beginnen könnten, antwortete er: „Noch mindestens zwei Jahre.“

2 Die Informationen stammen vorwiegend aus dem Artikel: “Esta vez hicieron el fraude perfecto” aus der Zeitschrift *envio*: <http://www.envio.org.ni/articulo/5272>

3 Hong Kong Nicaragua Canal Development Investment Co

4 Firma china sin inversionistas para canal en Nicaragua, (11.09.2016), http://www.nacion.com/nacional/politica/Afirman-Costa-Rica-Firma-Nicaragua_0_1584641559.html

Dazu passt, dass seit September auf der Webseite von HKND totales Schweigen herrscht.

Gleichzeitig kamen im vergangenen Jahr Meldungen aus Panama und Costa Rica, die zeigen, dass die internationale kapitalistische Konkurrenz vom nicaraguanischen Kanalprojekt wenig beeindruckt ist. Ende Juli 2016 wurde als letztes Teilstück der Kanalerweiterung des Panamakanals die neue Schleusenanlage am Pazifik eröffnet und der erweiterte Kanal in Betrieb genommen. Fast zehn Jahre, und damit weit länger als geplant, haben die Arbeiten gedauert und 5,5 Milliarden US-Dollar gekostet. Angesichts dessen werden die Behauptungen von HKND, dass der Nicaraguakanal, der mit 50 Milliarden US-Dollar fast das Zehnfache kosten soll, nur eine Bauzeit von fünf Jahren haben soll, immer weniger glaubhaft. Überraschender als die Nachrichten aus Panama war eine Meldung aus Costa Rica vom November 2016. Auch Costa Rica will jetzt einen Kanal bauen, und zwar einen so genannten trockenen Kanal. 16 Milliarden US-Dollar sind für das Projekt, das nicht weit südlich der Grenze mit Nicaragua geplant ist, veranschlagt⁵.



Costa Rica: Geplanter „trockener Kanal“

An Pazifik und Atlantik sind Hochseehäfen, internationale Flughäfen und Freihandelszonen geplant. Der Unterschied zu Nicaragua ist nur, dass die Güter zwischen den beiden Häfen nicht über einen Kanal, sondern über eine zehnspurige Autobahn und eine zweispurige Eisenbahn transportiert werden sollen. Die Ähnlichkeit zur geplanten Funktionsweise des Nicaraguakanals in unmittelbarer Nähe kann nur bedeuten, dass die Investor*innen nicht an die Realisierung des Projektes in Nicaragua glauben.

Enteignungen auch ohne Kanal

Dies sieht bei den Betroffenen in den Landesteilen Nueva Guinea, Rio San Juan und Rivas etwas anders aus. Sie befürchten, dass das mögliche Scheitern des Kanalbaus für sie noch nicht die endgültige Entwarnung bedeutet. Der rechtliche Rahmen des Projektes, das Gesetz 840 und der

⁵ Costa Rica invertirá US\$16.000 millones en un canal terrestre entre el Atlántico y el Pacífico (16.11.2016) http://internacional.elpais.com/internacional/2016/11/15/america/1479248853_874971.html



Bereitschaftspolizei in Nueva Guinea

Rahmenvertrag zwischen der nicaraguanischen Regierung und HKND, ist für den Investor so günstig gestaltet, dass der Vertrag auch beim Scheitern des Kanalbaus gültig bliebe. HKND könnte zum Beispiel weiterhin am Pazifik in der Provinz Rivas eine freie Produktionszone

und Tourismusprojekte verwirklichen. Und der nicaraguanische Staat hat sich verpflichtet alles zu enteignen, was HKND behauptet zu benötigen.

Deshalb ist bei der Bevölkerung in den Gebieten der Kanalroute der Widerstand ungebrochen. Er wird aber schwieriger, da die Regierung die Repression inzwischen steigerte. Wie in den vergangenen Jahren hatte die bäuerliche Bevölkerung auch in diesem Jahr eine zentrale Kundgebung in Managua geplant. Doch nach langen vergeblichen Versuchen, mit Lastwagenkarawanen die Hauptstadt zu erreichen, mussten die Organisator*innen die für den 30. November geplante Kundgebung kurz vorher absagen. Managua war abgesperrt. Das massive Polizeiaufgebot mit Straßensperren, Tränengas und Festnahmen machte ein Durchkommen unmöglich. Die Proteste im Zusammenhang mit dem Kanalbau sind aber die einzigen Formen von Widerstand gegen die Regierung. Dies hängt sicherlich mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der FSLN zusammen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Zufriedenheit der Nicaraguaner*innen mit ihrer wirtschaftlichen Situation ist die Basis der unangefochtenen Macht der FSLN. Die Meinungsumfragen des letzten Jahres zeigen zwar weiterhin, dass den Menschen die Beschäftigungssituation Sorge bereitet, aber fast die Hälfte sagt, es ginge ihnen besser als vor einem Jahr und 73% schauen für sich und ihre Familie optimistisch in die Zukunft⁶. Aber im Augenblick ist es nicht sicher, dass die Regierung ihre erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterführen kann. Die ökonomischen Folgen der aktuellen

6 Verschiedene Umfragen von M & R Consultores 2016 http://www.myrconsultores.com/page/estudios_resultados.html

Entwicklungen in Venezuela für Nicaragua sind nicht abzusehen. Die dramatische Wirtschaftskrise in Venezuela hat erhebliche Auswirkungen auf Nicaragua. Das betrifft zum einen die Zukunft des Abkommens PETROCARIBE. Die Höhe der damit verbundenen günstigen Kredite ist seit 2014 auf die Hälfte gesunken. Von diesen Krediten hängen wichtige Sozialprogramme ab. Aber auch der Außenhandel zwischen den beiden Ländern schrumpfte in den letzten Jahren stark. Noch im Jahr 2014 war Venezuela mit ungefähr 15% Anteil am Außenhandel nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Nicaraguas. Im Jahr 2016 fiel Venezuelas Anteil jedoch auf etwa 5 % und der Handel mit Venezuela hat damit weniger Bedeutung als der Handel mit den Nachbarländern El Salvador oder Costa Rica⁷. Das meiste Erdöl bezieht Nicaragua heute wieder aus den USA. Da die geschilderte Situation eng mit dem Sinken des Weltmarktpreises für Erdöl zusammenhängt und dies für Nicaragua natürlich auch positive Konsequenzen hat, sind die Auswirkungen bisher noch gering. Das Wirtschaftswachstum Nicaraguas war weiter so gut, dass die Regierung einen Teil der Sozialprogramme unverändert in den Haushalt übernehmen konnte. Das heißt, dass sie die Programme inzwischen aus Steuern finanziert.

Resümee

Man muss immer wieder sagen, dass die Situation in Nicaragua im Vergleich mit den Nachbarn im Norden um einiges besser ist. Diese Gewalt, die das tägliche Leben in den Nachbarländern prägt, gibt es in Nicaragua nicht. Und auch die Spaltung zwischen Arm und Reich ist nicht so krass wie im Norden. Beides hat mit der Entwicklung im Land nach der siegreichen Revolution in den 1980er Jahren zu tun. Aber von damals entfernte sich die FSLN mittlerweile weit und mit der Machtkonzentration auf die Familie Ortega-Murillo wird die Distanz immer größer. Bedrückend ist vor allem, dass die öffentliche Diskussion heute immer noch von Personen beherrscht wird, die damals schon den Ton angaben. Jüngere Menschen haben anscheinend kaum eine Chance, sich im Land Gehör zu verschaffen.

⁷ Verschiedene Publikationen der nicaraguanischen Zentralbank http://www.bcn.gob.ni/estadisticas/sector_externo/comercio_exterior/index.php

Aktivitäten zu Nicaragua

Gaby Baca: Die feministische Musikerin aus Nicaragua auf Deutschlandtour, 19.05.

Gaby Baca ist eine Kämpferin. Geboren und aufgewachsen im nicaraguanischen Bürgerkrieg erlebte sie als junges Mädchen die sandinistische Revolution. Sie brachte sich früh selbst das Gitarre spielen bei; seither hat sie ihre Musik und ihre Texte immer eingesetzt, um sich in einer sehr machistisch geprägten Gesellschaft für die Rechte von Frauen zu engagieren. Als Liedermacherin präsentierte Gaby Baca ihre Themen zum großen Teil auch musikalisch, das machte den Abend besonders schön.

Nicaragua: Das Kanalbau-Projekt und die Politik der Ex-Guerilla-Partei FSLN, 11.07.

Im Rahmen des Programms „Arbeit und Leben“ des DGB Bildungswerks Bayern e. V. führten der Politikwissenschaftler Francisco Salmeron und Andrés Schmidt vom Ökumenischen Büro in der Volkshochschule ein Streitgespräch zum Nicaraguakanal. Während Francisco Salmeron die hier in Europa weniger bekannte Position der nicaraguanischen Regierung vertrat, referierte Andrés Schmidt die Befürchtungen von Umweltschützer*innen und erläuterte die Hintergründe des bäuerlichen Widerstands. Das Hauptargument von Francisco Salmeron für den Kanalbau war die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum infolge der riesigen Investitionen. Ein armes Land wie Nicaragua dürfe solch eine Gelegenheit nicht vorbegehen lassen. Die befürchteten Umweltschäden konterte Francisco Salmeron mit der Feststellung, dass da eine ganze Menge Heuchelei im Spiele sei, denn die unberührte Natur, die man schützen wolle, existiere schon lange nicht mehr. Stattdessen habe der Investor HKND Geld für Aufforstung eingeplant, das Nicaragua alleine nie aufbringen könnte. Bei der lebhaften und kontroversen Diskussion mit dem Publikum war man sich nur in einem Punkt einig, nämlich dass im Augenblick niemand wissen kann, ob das Projekt jemals verwirklicht werden wird.

Aktivitäten des Münchner Arbeitskreises für Menschenrechte in Kolumbien

2016 organisierte der Arbeitskreis für Menschenrechte in Kolumbien insgesamt zwölf Veranstaltungen. Das Ziel war, über die Lage bezüglich der Menschenrechte und speziell des Friedensprozesses in Kolumbien zu informieren, um in München das Bewusstsein für die soziale Lage und die Umweltprobleme zu fördern. Dabei setzte der Arbeitskreis seine Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen Organisationen wie Aluna Minga, kolko e.V. und dem Nord-Süd-Forum fort.



24. Januar: Unterstützung der Proteste gegen die Privatisierung des größten Energieunternehmens ISAGEN

Gewerkschaftsprotest gegen Privatisierung

Der ersten Veranstaltung am 24. Januar gaben wir den Titel *No se hace un país diferente con gente indiferente* (Man schafft kein neues Land mit uninteressierten Leuten). Sie diente der Unterstützung des Streiks und der Mobilisierung der Menschen in Kolumbien für einen Protest gegen die Privatisierung des größten Energieunternehmens im Land, ISAGEN, und für die gleichzeitige Forderung einer Erhöhung des Mindestlohns¹. Trotz des eisigen Wetters nahmen ungefähr 30 Kolumbianer*innen, die in München leben, an der Veranstaltung im Stadtzentrum teil. Außerdem informierten sich viele deutsche und ausländische Passant*innen über die Situation in Kolumbien.

¹ Siehe zum Beispiel <https://amerika21.de/2016/01/140777/mindestlohn-kolumbien>



Steinkohleabbau in Kolumbien - Bild aus dem Film *La Buena Vida*

2016 wollten wir mittels kultureller Aktivitäten ein anderes Publikum erreichen. In diesen Veranstaltungen wollten wir auch die Probleme speziell der indigenen Gemeinden zeigen. Das Hauptprojekt war dabei eine Reihe mit Filmen, die sich auf den Kolonialismus bezogen. Diese Reihe startete am 21. April mit dem für einen Oscar nominierten Film *El Abrazo de la Serpiente* von *Ciro Guerra*². Der Arbeitskreis und Aluna Minga führten in den Film ein und moderierten das anschließende Filmgespräch.

Gutes Leben: Raus aus der Steinkohle!

Als nächstes zeigten wir am 17. Mai in Anwesenheit des Regisseurs Jens Schanze den Dokumentarfilm *La Buena Vida*³. Dieser Film handelt von der tristen Wirklichkeit der Kohleförderung in Kolumbien. Im Anschluss an den Film beantwortete Jens Schanze die Fragen des Publikums. Bei dieser Veranstaltung waren auch die Leiter*innen der Kampagne „Raus aus der Steinkohle“⁴ anwesend, die von der Stadt München fordert, keine Steinkohle mehr für ihre Energie- und Fernwärmegewinnung zu verwenden. Diese Steinkohle kommt teilweise aus Kolumbien. Des Weiteren nahmen Vertreter*innen von Amnesty International München an der Veranstaltung teil. Sie forderten die Teilnehmer*innen auf, sich in eine Unterschriftenliste für eine Petition an die kolumbianische Regierung einzutragen, in der der Stopp der Umleitung des Flusses Ran-

2 https://es.wikipedia.org/wiki/El_abrazo_de_la_serpiente

3 <http://www.dasguteleben-film.de>

4 <http://www.raus-aus-der-steinkohle.de/>

chería gefordert wird, da nun auf Grund der Umleitung des Flusses viele Mitglieder der Wayúu ohne Wasser leben.

Das kulturelle Erbe im Zementwerk zerklopft

Am 16. Juni zeigten wir den Dokumentarfilm *La Selva Inflada*⁵ in Anwesenheit des Regisseurs, Alejandro Naranjo, und am 14. Juli den Dokumentarfilmklassiker *Nuestra voz de tierra, memoria y futuro* (Unsere Stimme aus Erde, Erinnerung und Zukunft) von Jorge Silva und Marta Rodríguez.

Der erste Dokumentarfilm befasst sich mit der Situation der indigenen Bevölkerung im Departement Vaupés, wo viele Jugendliche Selbstmord begehen. Die Jugendlichen besuchen in der Stadt, weit weg von ihren Gemeinschaften, die Schule. Dort verfallen sie dann in Depression, weil sie feststellen, dass sie „arm“ sind und es nur wenig Möglichkeiten gibt, zu arbeiten und das nötige Geld zu verdienen. Viele arbeiten in einer Zementfabrik, wo sie Steine klein klopfen, die von alten Weihestätten ihrer Gemeinschaften stammen. Der zweite Film handelt vom Kampf der indigenen Bauern und Bäuerinnen im Departement Cauca für die Wiedererlangung ihres Landes. Der Film spiegelt in kleinem Maßstab die generelle Geschichte Lateinamerikas seit der Kolonisierung wider. Heute gehört dieses Land Großgrundbesitzer*innen und Viehzüchter*innen, die wiederum die Nachfahren der Kolonisator*innen sind. Die indigene Bevölkerung arbeitet auf diesen Ländereien in einem neofeudalen und neokolonialen System. Dazu leben sie als Vertriebene an Orten ohne die Grundvoraussetzungen für ein Überleben.

Neuer Roman über Landraub durch Paramilitärs

Nach dem Ende der Filmreihe konzentrierte sich der Arbeitskreis auf das vorherrschende Thema des Jahres, die Gespräche und das Friedensabkommen zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung. Das Thema polarisierte die kolumbianische Bevölkerung wegen der Kampagnen von extrem rechten Politiker*innen und Parteien⁶ gegen das Friedensabkommen. Am 2. Juni fand die Veranstaltung „Friedensabkommen in Kolumbien“ mit Alexandra Huck, der Koordinatorin von kolko e.V. – Menschenrechte für Kolumbien⁷, statt. Es wurden das Für

5 <http://www.laselvainflada.com>

6 <https://amerika21.de/2016/10/162120/vorschlaege-uribe-friedensvertr>

7 <http://www.kolko.de>

und Wider des Friedensabkommens und die Gründe, warum es für Kolumbien nötig ist, diskutiert. Alexandra Huck präsentierte am 3. Juni ihr Buch Marielas Traum (*El sueño de Mariela*). Der Roman handelt vom Landraub durch paramilitärische Gruppen und der Vertreibung der bäuerlichen Bevölkerung, der *afrodescendientes* (Nachfahr*innen von Versklavten aus Afrika) und der indigenen Bevölkerung in Kolumbien.

Kolumbiens Kohle – Deutschlands Doppelmoral

Da der Bergbau, und speziell die Steinkohleförderung, in Kolumbien zu den großen Verursachern der Konflikte und der Gewalt in Kolumbien gehört⁸, diskutierten Alejandro Pacheco vom AK Kolumbien und Öku-Büro-Vorstand Eberhard Albrecht auf Einladung der Münchner Volkshochschule im Gasteig über „Kolumbiens Kohle – Deutschlands Doppelmoral“. Die Referent*innen informierten über die Ergebnisse der Untersuchungen über die Auswirkungen des Kohlebergbaus, speziell in Cerrejón, Guajira. Diesen Untersuchungen zufolge starben dort in den letzten Jahren über 5.000 Kinder der indigenen Gemeinschaften der Wayúu wegen der Wasserknappheit und der kontaminierten Quellen.

Solidarität mit politischen Gefangenen

Am 21. Juli fand dann mit Unterstützung des Nord-Süd-Forums die Konferenz „Politische Gefangene und Konflikt in Kolumbien“ statt. Ziel der Veranstaltung war, den Münchner*innen die Geschichte der vielen Menschen näherzubringen, die aus politischen Gründen und in vielen Fällen unschuldig im Gefängnis sitzen. Eingeladen waren die Rechtsanwält*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen Álvaro Giraldo und Katherine Rendón Fernández, die als Freiwillige der Sektion Valle des Solidaritätskomitees mit politischen Gefangenen (*Fundación Comité de Solidaridad con Presos Políticos*) den Gefangenen juristische Hilfe und menschlichen Beistand geben. Beide zeigten, wie die willkürlichen Verhaftungen, die Kriminalisierung von sozialen Protesten, das Verschwindenlassen von Personen und die Angriffe auf Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien Teil des täglichen Lebens geworden sind. Auch nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens

⁸ <https://www.rosalux.de/publication/42206/raus-aus-der-steinkohle-der-fall-kolumbien.html>



Unterzeichnung der Friedensabkommen zwischen kolumbianischer Regierung und FARC

kann man sagen, dass sich die Situation nicht verbessert hat und dass die paramilitärischen Gruppen wieder stärker geworden sind⁹.

Der Fall Chevron-Texaco

Der Arbeitskreis unterstützt weiterhin indigene Gemeinden an der Grenze zwischen Ecuador und Kolumbien in ihrem Bemühen, den multinationalen Konzern Chevron-Texaco wegen der Verseuchung von Boden und Umwelt mit Erdöl im Amazonasgebiet anzuklagen. In Zusammenarbeit mit Pro Regenwald und der internationalen Gruppe von Amnesty International in München veranstaltete der Arbeitskreis am 30. Juli den zweisprachigen Kulturabend *El Espíritu de Lago Agrio* (Der Geist von Lago Agrio). Während eines entspannten Sommerabends gab es eine Lesung mit Gedichten auf Spanisch und Deutsch zum Thema Umweltschutz, die Bedeutung der Urwälder und die Geschichte des schädlichen Einflusses der Erdölförderung auf die einheimische Bevölkerung und die dortigen Ökosysteme.

⁹ Siehe zum Beispiel: <https://amerika21.de/2017/01/167719/kolumbien-morde-aktivisten>

Kundgebungen für das Friedensabkommen

Das Jahr endete mit zwei Kundgebungen im September und Oktober. Das Ziel der ersten Kundgebung war, die im Ausland lebenden Kolumbianer*innen zu informieren und aufzufordern, beim Volkentscheid über die Unterschrift unter das Friedensabkommen in Kolumbien mit Ja zu stimmen. Wegen der bereits erwähnten Kampagne gegen das Friedensabkommen zwischen der FARC und der Regierung war die zweite Kundgebung ein Protest gegen die Ergebnisse und sollte mittels Druck durch die Medien und Information zur Verwirklichung des Abkommens beitragen. Über diese Kundgebungen wurde in verschiedenen Medien und Netzen berichtet. Das Friedensabkommen wurde schließlich am 24. November 2016 unterzeichnet. Trotz vieler Zweifel hinsichtlich der Unterzeichnung des Abkommens und der weiterhin gespaltenen Bevölkerung sind wir der Meinung, dass es ein großer Fortschritt bei der Suche nach Frieden in Kolumbien ist, der der Widerstandsbewegung Legitimität verleiht und diese nun ihre Ideen in einer legalen Atmosphäre und auf politische Art und Weise einbringen kann. Für uns ist klar, dass es besser ist, den Kampf auf diese Weise fortzusetzen als mit Waffen. 2017 werden wir weiter über den Fortschritt in diesem Prozess berichten und unsere investigative, informative und kulturelle Arbeit fortsetzen.

Festival Arte Popular Mexicano en Múnich vom 7. August bis 2. September 2016

Wie bereits im Jahr 2015 fand im August wieder das Festival Arte Popular Mexicano in München statt. Das Ökumenische Büro, die Färberei, die UAM (Universidad Autónoma Metropolitana), der Stadtpark Olga, KONVOLUT und Bellevue di Monaco veranstalteten das Festival mit finanzieller Unterstützung des Kulturreferats der Landeshauptstadt München.

Die mexikanischen Kunstaktivist*innen der UAM und des Kollektivs ASARO machten bei Wandbildaktion, Ausstellungen, Workshops und Vorträgen mit. Checo Valdez, Yescka und Victor Ortega waren zum wiederholten Mal unsere Gäste.

Mural comunal participativo - kommunales partizipatives Wandbild

Da unser Wandbildprojekt sowie das Begleitprogramm mit Workshops, Ausstellungen und Vorträgen zur Arte Popular Mexicano en Múnich letztes Jahr großen Erfolg hatte und die Stadt München unsere Arbeit in diesem Bereich sehr wertschätzt, bekamen wir die Anfrage, ob wir das Projekt im Jahr 2016 wiederholen könnten.

Wir realisierten das Wandbild (mexikanisch Mural) gemeinsam mit Gruppen von Migrant*innen und Geflüchteten sowie interessierten Gruppen, Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen, die das politische,



Wandbild Rosengarten

kulturelle und soziale Leben in München mitgestalten. Viele von ihnen arbeiteten schon in den vergangenen 30 Jahren mit uns zusammen. Das Projekt war offen für alle Altersgruppen, Kinder und Jugendliche ebenso wie Erwachsene, die Lust auf Austausch, Kommunikation und Diskussion hatten. Sie ließen in einem kreativen und künstlerischen Prozess gemeinsam ein Mural entstehen. Die Einweihung des Wandbildes im Rosengarten fand am Samstag, 3. September 2016, statt.

Artistas Populares Mexicanos

Am 8. August 2016 stellten Yescka und weitere Künstler*innen aus den Kollektiven ASARO (Versammlung der revolutionären Künstler aus Oaxaca) und Espacio Zapata ihre Werke zum zehnten Jubiläum des ASARO in der Ausstellung Artistas Populares Mexicanos in der Färberei aus. Während des sozialen Aufstandes in Oaxaca im Jahr 2006 beteiligten sich die Künstler*innen mit ihren Werken an den Protesten gegen die Regierung. Um möglichst präsent in den Straßen aufzutreten, benutzten die Künstler*innen Techniken zur Vervielfältigung wie Siebdruck, Hochdruck, Schablone und Wandmalerei. Durch die weltweite Bekanntheit ihrer Arbeit konnten sie über die aktuellen sozialen Kämpfe in Oaxaca und in Mexiko informieren.



Artistas Populares - Yescka

Migrare necesse est, limes non est necesse – Eine Ausstellung zum Thema Flucht und Migration und der Überflüssigkeit von Grenzen

Im Rahmen des Festivals stellten Künstler*innen aus Mexiko und Deutschland in der Färberei München aus. Die Künstler*innen stifteten rund 50 Bilder, die während der Ausstellung erworben werden konnten. Der Erlös ging an das Projekt Casa Tochan in Mexiko-Stadt. Casa Tochan ist ein selbstverwaltetes Haus für Geflüchtete und Migrant*innen, die in Mexiko wohnen.

Am Dienstag, den 16. August, eröffnete die Ausstellung mit KONVOLUT.¹ Im Verlauf der Ausstellung vom 15. August bis 2. September luden wir zu Vorträgen zum Thema Flucht und Migration, der Überflüssigkeit von Grenzen und über Muralismo Mexicano in die Färberei ein. Am 17. August referierte der mexikanische Designer Victor Ortega zur Geschichte der Wandbildmalerei in Mexiko. Der mexikanische Künstler Checo Valdez trug am 24. August „Eine Gemeinde erfindet sich neu“ vor und darüber, wie ein Wandbild zum neuen kommunitären Bewusstsein führt. Daniel Tapia, Mexikoreferent des Ökumenischen Büros, sprach am 31. August über die „Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrant*innen in Mexiko“.

Die Ausstellung endete am 2. September mit der finissage von KONVOLUT.

Workshops, Ausbildung und Vorträge beim Festival

Ausbildung als Multiplikator*in für kommunitäre und partizipative Wandbilder

Vom 6. bis 20. August im Bellevue di Monaco, Müllerstraße 4. Die Idee der kommunitären und partizipativen Wandbilder basiert auf einfachen aber wichtigen Prinzipien: Jede*r kann malen. Alle Mitglieder der Gemeinde oder Gemeinschaft brachten ihre Ideen zum Ausdruck

¹ Konvolut ist eine Gruppe von literaturaffinen Künstler*innen, die auf den Flüchtlingszügen Erzählungen, Geschichten und Berichte ihrer Mitreisenden sammeln. Sie veröffentlichen diese Geschichten auf ihrer Webseite und rufen zu Spenden auf. Mit dem Geld unterstützen sie viele Flüchtlingsprojekte in Deutschland, zum Beispiel Computer und Internetzugang für Geflüchtete in München. Mehr unter: <http://artofpeace.eu/drift>

und der Inhalt des Wandbildes wurde per Konsens in dem gemeinsamen Workshop festgelegt.

Vorträge in der Färberei:

17. August: *Muralismo Mexicano* – Ein Vortrag zur Geschichte der Wandbildmalerei in Mexiko

24. August: „Eine Gemeinde erfindet sich neu“ – Wie ein Wandbild zum neuen kommunitären Bewusstsein führt

31. August: „Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrant*innen in Mexico“

Workshops in der Färberei:

Wandbildworkshops mit Sergio „Checo“ Valdez Ruvalcaba und Fabiola Arraiza

Verschiedene Formen der manuellen Hochdruckkunst mit Victor Ortega und Yescka

Workshop zu Scratchboard mit Diego Vargas



Wandbild im Rosengarten

Infoblatt: Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so



Infoblatt Ausgabe aus dem Jahr 2011



„Historische“ Ausgabe von 1990

Das Infoblatt, das es seit 26 Jahren gibt, hat seine Arbeit eingestellt. Das heißt nicht, dass es nie wieder ein Infoblatt geben wird. Immer mal wieder in der Geschichte unseres Blattes haben Redaktionen aufgehört, sich wieder neue Leute gefunden, die Lust dazu hatten, es zu verändern, anders, aber sicher immer spannend zu gestalten bzw. mit neuen, anderen Schwerpunkten.

Im Laufe der Zeit haben wir das Layout verändert, außen bunt, innen ein bisschen aufgepeppt, einen anderen Titel gewählt, von einfach Infoblatt zu Infoblatt – „Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so“.

Themen wie: Zuhören, geblickt, Städte, vermessen, quersteuern, abseits, reisen, erinnern, copy me, begehren haben uns viel Freude gemacht.

Wie auch immer, es war eine spannende, interessante Zeit. Es war inhaltlich aufregend, nur irgendwann war es vor allem Stress, nicht nur am Layout-Wochenende. Wir waren zu wenige, die selber schreiben, unser Layoutprogramm veraltet und es konnte nur von wenigen bedient werden.

Wer Lust hat, die Arbeit auf irgendeine Art und Weise fortzusetzen: der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. *Das alte Redaktionsteam: Alexander, Eberhard, Eva-Maria, Marianne, Sandra*

Veranstaltungsreihe „Perspektiven der Anderen“

Wie jedes Jahr realisierten wir im Rahmen unseres Projektes „Perspektiven der Anderen“ mit Referent*innen aus Lateinamerika, Deutschland und der ganzen Welt ein gutes Dutzend Informations- und Kinoveranstaltungen für ein breites Publikum aus München und Umland an wechselnden Orten:

- 21.04. Kino aus Kolumbien: Ciro Guerra „Der Schamane und die Schlange“
- 03.05. Gerechtigkeit für Berta Cáceres, Podiumsdiskussion mit Francisco Sánchez und Asunción Martínez (COPINH) aus Honduras
- 12.05. Buchvorstellung Luis Hernández: Kommunale Selbstverteidigung - Formen des bewaffneten Widerstandes gegen Mafia und Staat in Mexiko
- 17.05. Kino aus Kolumbien: Jens Schanze „La buena vida – Das gute Leben“
- 21.05. Vortrag und Diskussion Honduras: Frenesys Reyes LGBT*-Widerstand in Zeiten von politischer Repression und Hassverbrechen
- 19.06. Gaby Baca: Feministische Musikerin aus Nicaragua: „Frauenrechte in Nicaragua“
- 02.06. Vortrag und Diskussion Alexandra Huck: Friedensverhandlungen in Kolumbien: Ende eines 50-jährigen bewaffneten Konfliktes?
- 17.06. Kino aus Kolumbien: Alejandro Naranjo „La Selva Inflada“
- 14.07. Kino aus Kolumbien: Marta Rodríguez & Jorge Silva „Nuestra voz de tierra, memoria y futuro“
- 21.07. „Kein Frieden ohne uns“: Buchvorstellung und Speakerstour zur Gefängnissituation und dem Konflikt in Kolumbien mit Álvaro Giraldo und Katherine Rendón Fernández
- 23.07. Vortrag, Bilder und Diskussion Edith Guardado: Guarjila: Fortschritte und Herausforderungen einer kleinen Gemeinde in El Salvador
- 26.09. Film und Expertengespräch: Filmkollektiv Coitza Grecko „Mirar Morir“ zum 2. Jahrestag des Verschwinden lassenens der Studenten aus Ayotzinapa
- 18.10. Videos, Vortrag und Diskussion: Momo „Erfahrungen der Karawane für das Gute Leben“

- 29.11. Vortrag und Diskussion mit Nestora Salgado – Exkommandantin der Gemeindepolizei in Olinalá (Mexiko)
- 13.12. Kino und Filmgespräch mit Hauke Lorenz
„Viacrucis Migrante Kreuzweg der Migrant*innen“

Projekttag mit Schüler*innen

Seit vielen Jahren bieten wir im Rahmen unserer Rundreisen mit Referent*innen aus Zentralamerika interessierten Schulen Doppelstunden mit unseren Gästen aus Zentralamerika an, die vor allem von künftigen Spanischabiturient*innen gern genutzt werden, um andere Weltansichten und Erfahrungen kennenzulernen sowie Sprachen und Themen zu vertiefen. 2016 haben wir dieses sporadische Angebot nun um einen, auch weiterhin buchbaren Projekttag erweitert:

Im Juli gestalteten wir erstmals für eine 11. Klasse des Carl-Orff-Gymnasiums in Unterschleißheim den Projekttag zum Thema „Grüne Energie und Menschenrechte“. Anhand des Beispiels des geplanten Wasserkraftwerkes Agua Zarca in Honduras setzten sich die Schüler*innen mit den verschiedenen, zum Teil problematischen, Facetten so genannter „grüner“ Energieprojekte auseinander. Eine besondere Rolle spielten bei die in der ILO-Konvention 169 verankerten indigenen Rechte.

Factsheet

Neu in unserem Publikationsprogramm sind vierseitige Factsheets, die in kompakter und abwechslungsreicher Form Themen unserer Veranstaltungen vertiefen. 2016 erschienen Factsheets: **Green = korrekt?** – Was bedeuten Green Energy-Projekte in Mexiko und Honduras für die lokale Bevölkerung? Und: **Wem nützt Gewalt?** Das doppelte Gesicht der Sicherheitsstrategie für Zentralamerika sowie zum Thema Gemeindepolizei in Mexiko.

„En la Linea“ – Unsere Sendung bei Radio Lora

Jeden ersten Montag im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr eine Sendung beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Themen waren 2016 unter anderem unser gemeinsames Wandbild in München, die Gemeindepolizei in Mexiko, die Gewalt in El Salvador und der Mord an Berta Cáceres in Honduras sowie aktuelle Eindrücke der Teilnehmenden an der Solidaritätsreise nach Nicaragua. Während des Aufenthaltes unserer

Gäste aus Lateinamerika führten wir Interviews durch, die wir für Radio Lora aufbereiteten.

Medienpräsenz

Wir vermittelten hiesigen Medien Hintergrundinformation bzw. Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir auch selbst als Gesprächspartner*innen angefragt. So veröffentlichen wir Beiträge in Zeitschriften wie den Lateinamerikanachrichten, der ILA, bei amerika21 oder geben Interviews für freie Radios.

Homepage

Auf unserer neu gestalteten Homepage www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

Mailverteiler

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir sie auf kommende Veranstaltungen aufmerksam.

Pressemitteilungen & Eilaktionen

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen und offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger*innen und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern. Näheres dazu siehe unsere jeweiligen Länderaktivitäten.

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existiert eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

BUKO

Die BUNdesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Der seit 1977 jährlich stattfindende Bundeskongress der BUKO ist zu einer Institution geworden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro trägt die Struktur der BUKO durch Mitarbeit in deren Entscheidungsgremien mit. Im September fand der BUKO Ratschlag als Koordinationstreffen und zum Thema „Das Leben ist kein Algorithmus! Solidarische Perspektiven gegen technologischen Zugriff“ im Bellevue di Monaco in München statt. Im Oktober boten wir gemeinsam in Berlin das eintägige Seminar „Honduras: Modellstädte, Extraktivismus, Widerstand“ an (siehe Aktivitäten zu Honduras).

HondurasDelegation & Honduras-Koordination

Die überregionale Arbeitsgruppe HondurasDelegation ist aus der Honduras-Delegationsreise 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Die Gruppe steht in regem Austausch mit Honduras-solidaritätsgruppen u. a. in der Schweiz und in Italien. Sie beteiligte sich am Runden Tisch Zentralamerika und war bei den Meetings der *Copenhagen Initiative for Central America* (CIFCA), einem Dachverband europäischer Menschenrechtsorganisationen in Brüssel präsent, deren Mitglied sie seit Ende 2014 ist. Die meisten unserer Aktionen zu Honduras finden in Zusammenarbeit oder enger Abstimmung mit diesem Netzwerk und insbesondere der Berliner Gruppe Menschenrechtskette Mexiko - *Cadena de Derechos Humanos Honduras* (CADEHO) statt.

Im November 2009 riefen Journalist*innen, Bundestagsabgeordnete, Entwicklungshilfeorganisationen und Solidaritätsgruppen aus dem deutschsprachigen Raum das Netzwerk „Honduras-Koordination“ ins Leben. Es dient uns seither zum Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Unterstützung der Demokratiebewegung in Honduras.

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Im Jahr 2016 engagierten wir uns wieder in der Arbeit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko. So unterstützen wir das Tätigkeitsfeld des Sekretariats der Koordination. Insbesondere organisierten wir zusammen mehrere Termine für die GIEI in Europa. Die Expert*innenkommission wurde von dem Unterausschuss für Menschenrechte im europäischen Parlament eingeladen. In Berlin und Genf trafen sich die Expert*innen mit verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft. In Straßburg war Carlos Beristain im Europarat eingeladen. Alle diese Veranstaltungen ermöglichten die Anerkennung der guten Arbeit dieser Expert*innenkommission.

Mission EineWelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB)

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige und gute Zusammenarbeit. Wie bereits in früheren Jahren beteiligten wir uns an der Vorbereitung und Durchführung des Zentralamerika-Tags der ELKB in Nürnberg. Schwerpunktthema 2016 war „Macht-Konzentration in Politik und Wirtschaft in Zentralamerika“. Mónica López Baltodano diskutierte mit uns über den Nicaragua-Kanal, Fran Omar von der „Juventud Popular Salvadoreña“ berichtete von der Situation der Jugend in El Salvador und basisbewegten Ansätzen für Veränderung statt Migration.

Netzwerk München e.V.

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerks München e.V. Mitglied. Das Netzwerk München e. V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben.

Nord Süd Forum München e.V.

Das Nord Süd Forum e.V. ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro. Ziel ist es, in den Industriestaaten des Nordens durch Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit, die Anliegen der Menschen des Globalen Südens zu thematisieren.

Portal amerika21.de

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir regelmäßig Beiträge über Honduras, Nicaragua und El Salvador bzw. arbeiten den Verfasser*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

Runder Tisch Zentralamerika

Bei einem Studientag der AG Landrechte zum Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika im November 2013 in Berlin entstand der Vorschlag, eine Koordination im deutschsprachigen Raum zu schaffen, um auf Themen besser reagieren zu können, die über die Ländergrenzen Zentralamerikas hinweg relevant sind. Über 20 Organisationen und Initiativen sowie einige Einzelpersonen sind seither Teil dieser Vernetzung. Wir organisieren den Verteiler des Runden Tisches, nehmen regelmäßig an Diskussionsrunden im Auswärtigen Amt teil und beteiligen uns aktiv an der Programmgestaltung und Durchführung der bisher zweijährigen Tagung des Runden Tisches in der Evangelischen Akademie Hofgeismar. Im November 2016 erreichten wir damit über 70 Teilnehmende. Unser Gast Martín Fernández Guzmán aus Honduras hielt das Einführungreferat „Gewalt in Mittelamerika – Situation, Erfahrungen und Erscheinungsformen“ und gab zwei Workshops zu „Entwicklung mit Gewalt – Landkonflikte und Vertreibungen“. Die beiden Referenten unserer El Salvador-Rundreise beteiligten sich mit Workshops zum Thema „Die Politik der harten Hand – Gewalt in El Salvador“.

Caravana Mesoamericana Para el Buen Vivir

2016 setzte die Karawane der „Kollektive in Aktion für das gute Leben der mesoamerikanischen Menschen im Widerstand“ ihre 2015 in Oaxaca begonnene Fahrt nach Süden fort. Uns war es wichtig, dieses Projekt weiter zu begleiten, da die *Caravana Mesoamericana* viele unserer Partnerorganisationen in den bereisten Ländern besuchte. Es ging ihr darum, die Vernetzung der verschiedenen Kämpfe voranzutreiben, was auch eines der Ziele unserer Arbeit ist.

Am 18. Oktober war eine der Organisator*innen der Karawane zu Gast: Momo berichtete über die Reise der Karawane zwischen Mai 2015 und Juli 2016 von Mexiko bis Costa Rica; sie machte in 17 Gemeinden Station, die sich im Widerstand gegen Megaprojekte wie Bergbau, Windkraftparks, Gasleitungen, Monokultur- und Wasserkraftprojekte befinden. Beim Austausch über die Erfahrungen der Gemeinden gewannen die Teilnehmer*innen intensiv Einblicke in die Strategien von Regierungen und transnationalen Unternehmen sowie über Organisationsformen des Widerstandes. Mehr Information unter: <https://caravanaparaelbuenvivir.org/deutsch/>

Dachverband Kritische Aktionäre

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband Kritische Aktionäre e.V. zusammen, besonders zur Jahreshauptversammlung der Siemens AG in München. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rücken, beschlossen wir 2015, dem Verband beizutreten. Mit insgesamt 25 weiteren Mitgliedsorganisationen beobachtet der Dachverband die Aktivitäten von börsennotierten Unternehmen wie Adidas, Bayer, Daimler, Deutsche Bank, RWE, Siemens, ThyssenKrupp und anderen. Die kritischen Aktionär*innen beteiligen sich an Hauptversammlungen und melden sich mit eigenen Kampagnen zu Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechten, Transparenz und einem Stopp der Rüstungsproduktion zu Wort.



Bildcredits

Titelbild:	Øle Schmidt
Seite 2:	„Laberinto“ Linolschnitt von Checovaldez
Seite 8:	Mit freundlicher Genehmigung von La Jornada
Seite 11:	Centro Prodh
Seite 12:	Bild von Jesús Quintero
Seite 18:	Hauke Lorenz
Seite 19, 21, 22:	COPINH
Seite 20, 25:	Kathrin Zeiske
Seite 24, 26, 27, 35, 36, 37:	HondurasDelegation
Seite 31:	Eliot Jones
Seite 33:	© Michael Nagy/Presse- und Informationsamt München
Seite 38:	Bild von GRABIEL
Seite 40:	PNC El Salvador
Seite 41:	Wilson Dias/Abr
Seite 50:	CELAC
Seite 53:	MOPT/CNC
Seite 54:	Onda Local
Seite 57:	Ana Barón
Seite 58:	Niama-Film
Seite 61:	Creative Commons/Gobierno de Chile
Seite 75:	„Silencio“ Linolschnitt von Gonzalo Dolores Castillo
Alle anderen:	Öku-Büro

**Ökumenisches
Büro**



Lateinamerika

**El Salvador • Honduras • Mexiko • Nicaragua
Internationalismus • emanzipativ • kritisch
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2016 und freuen uns über Rückmedungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.
Das Team vom Ökumenischen Büros

**Ökumenisches Büro für Frieden und
Gerechtigkeit e.V.**

Pariser Straße 13
81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de

Spendenkonto:
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT: SSKMDEMM